

**Die Landesbeauftragte
für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht**



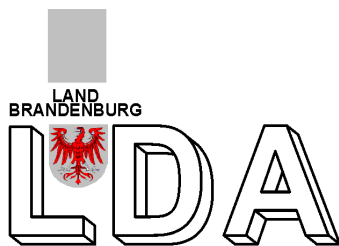
Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz

Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?

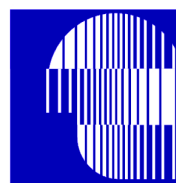
27. Mai 2013

Dokumentation

**Akteneinsicht und
Informationszugang
Potsdamer Materialien
Band 8**



Schutz der
• Persönlichkeitsrechte
• Informationsfreiheit



Alcatel-Lucent
Stiftung für
Kommunikations-
forschung



Deutsche Gesellschaft für
Recht und Informatik e.V.

Internationales Symposium International Symposium

***Open Data – Ergänzung
oder Einschränkung der Informationsfreiheit?***

***Open Data – Complementary Concept
or Restriction of Freedom of Information?***

27. Mai 2013 in Potsdam

Veranstaltung der
Landesbeauftragten für den Datenschutz
und für das Recht auf Akteneinsicht
in Zusammenarbeit mit der
Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung und der
Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik e.V.

Dokumentation

In der Reihe „Potsdamer Materialien zu Akteneinsicht und Informationszugang“ sind bisher erschienen:

- Band 1: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz; 25./26. Oktober 1999
- Band 2: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz in der erweiterten Europäischen Union; 8./9. Oktober 2001
- Band 3: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Transparenz und E-Government in Mittel und Osteuropa; 10./11. November 2003
- Band 4: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Informationsfreiheit in Deutschland und Europa; 28./29. September 2005
- Band 5: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Öffentliche Daten auf dem privaten Markt – neue Regelungen zur Weiterverwendung öffentlicher Informationen; 4./5. Juni 2007
- Band 6: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Zugang zu Umweltinformationen – Informationsfreiheit für den Umweltschutz?; 18./19. Juni 2009
- Band 7: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Verbraucherinformationen – Marktregulierung durch Transparenz?; 30./31. Mai 2011
- Band 8: Dokumentation Internationales Symposium Informationsfreiheit und Datenschutz – Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?; 27. Mai 2013

Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77, Haus 2
14532 Kleinmachnow

Telefon: +49 33203 356-0

Fax: +49 33203 356-49

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

Internet: <http://www.lida.brandenburg.de>

Fingerprint: 0DD70C8A 65508B73 2A53EFEE AC857D66

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft
Potsdam mbh

August 2013

Inhalt

	Seite
Dagmar Hartge	5
Eröffnung / Opening	
Rainer Lüdtkke	9
Grußwort / Welcoming Speech	
Helen Darbshire	13
The Right of Access to Information and Open Data / Das Recht auf Informationszugang und Open Data	
Carl-Christian Buhr	77
Die Open-Data-Politik der EU-Kommission / The Open- Data-Policy of the EU Commission	
Krzysztof Izdebski	94
Der Einfluss der Umsetzung der Weiterverwendungs- richtlinie auf den Zugang zu öffentlichen Informationen / Influence of PSI Directive Implementation on Access to Public Information	
Kristina Kotnik Šumah	104
Weiterverwendung öffentlicher Informationen in Slowe- nien / Re-Use of Public Sector Information (PSI) in Slo- venia	
Gabriel Šípoš	142
Wie Open Data die Slowakei verändert hat / How Open Data Transformed Slovakia	

Ivan Pavlov	166
Informationsfreiheit und Open Data - Wechselwirkung und Widerspruch: Das russische Beispiel / Freedom of Information and Open Data – Interaction and Contradiction: The Russian Example	
Igor Vidačak	181
Gestaltung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft als Katalysator für proaktive Transparenz und offene Regierungsinformationen – kroatische Erfahrungen / Structuring the Dialogue with Civil Society as Catalyst of Proactive Transparency and Openness of Government Held Information – Croatian Experiences	
Thomas Prorok	200
Open Government Data - Verwaltungsreform auf Umwegen? / Open Government Data - an Alternative Way to Administrative Reform?	
Alexander Kashumov	221
Weiterverwendung und Informationszugang in Bulgarien: Gedanken zu gegensätzlichen Konzepten im EU-Recht / Re-Use and Access to Information in Bulgaria: Reflection on Conflicting EU Law Concepts	
Dr. Anselm Brandi-Dohrn	227
Zusammenfassung / Summary	

Dagmar Hartge

Landesbeauftragte für den Datenschutz
und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg

Eröffnung

Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie auch im Namen meiner Mitveranstalter, der Alcatel Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung und der Gesellschaft für Recht und Informatik, sehr herzlich zu unserem traditionellen internationalen Symposium zur Informationsfreiheit hier in Potsdam. Das Thema unserer diesjährigen Veranstaltung „Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?“ ist ein aktuelles europäisches Thema. Dies zeigt nicht zuletzt die derzeitige Initiative der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Neelie Kroes, die Public Sector Information Richtlinie – auch kurz PSI Richtlinie genannt – mit dem Ziel zu novellieren, öffentliche Daten in Zukunft durch einfach zu nutzende Formate, ohne restriktive Lizenzbedingungen und kostenlos oder für wenig Geld breitzustellen.

Der Begriff Open Data steht zunächst einmal für den freien Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den nicht personenbezogenen Daten der Öffentlichen Verwaltung. Diese Daten können, wenn sie vom Staat zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise für mehr Transparenz des staatlichen Handelns sorgen. Sie können dem Aufbau von Wissen oder auch als Rohstoff für die Nutzung zu kommerziellen Zwecken dienen. Allein diese drei hier von mir nur angerissenen Verwendungsmöglichkeiten für offene staatliche Daten zeigen, dass der Begriff Open Data sehr viel mehr beinhalten muss als nur die Forderung nach einem offenen Zugang zu Daten öffentlicher Stellen. Es braucht deshalb auch einen Konsens über die Bedeutung des Wortes „offen“, d.h. wann und unter welchen weiteren Vorgaben Daten tatsächlich offen zugänglich sind. Damit sind wir ganz schnell bei zentralen Fragen wie den nach Kosten, Lizenzen aber auch der Maschinenlesbarkeit der Daten angekommen. Die Verwendungsmöglichkeiten zeigen aber auch etwas anderes. Der Begriff Open Data kann nicht losgelöst von anderen bereits gesetzlich geregelten Rechten gesehen werden, die die genannten Ziele ebenso verfolgen. Da es bereits Transparenzregelungen gibt, sollte eine gesetzliche Open

Data Regelung eine Rechtszersplitterung möglichst von Anfang an vermeiden.

Ein sehr altes Transparenzrecht ist das Informationsfreiheitsrecht, das in einigen europäischen Mitgliedstaaten bereits seit mehreren Jahrhunderten ein Recht auf Akteneinsicht und damit Transparenz gewährt. Damit habe ich gerade auf Schweden angespielt, das seine Transparenzregelung wie Sie wissen seit 1766 besitzt, also seit fast 250 Jahren. Das Land Brandenburg war in der Bundesrepublik Deutschland Vorreiter mit seiner 1992 mit der Landesverfassung verabschiedeten Transparenzregelung und dem ersten deutschen Informationsfreiheitsgesetz aus dem Jahre 1998. Andere Bundesländer, aber auch europäische Mitgliedstaaten, haben dagegen noch immer kein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet, dafür aber teilweise mehr Open Data als die Bundesrepublik Deutschland.

Ein gemeinsamer Ansatz ist in der Europäischen Union die PSI-Richtlinie. Aber die Richtlinie ist für sich allein betrachtet nur ein einzelner Regelungsbaustein und schafft nicht die nötige Verbindlichkeit für alle der hier nur angerissenen Facetten und Möglichkeiten von Open Data. Das heißt, sie enthebt die Mitgliedstaaten nicht der Notwendigkeit, die Frage zu beantworten, ob es neben der Umsetzung der Richtlinie einen weiteren Regelungsbedarf gibt und damit der weiteren Frage nach den Beziehungen der Transparenzgesetze zueinander. Hier stellt sich ganz explizit die Frage des Ineinandergreifens von Open Data und Informationsfreiheit. Was haben beide Transparenzregelungen miteinander zu tun, was haben sie gemeinsam und was trennt sie.

Die Bundesrepublik Deutschland kann auf dem auf dem Gebiet der Transparenz von anderen europäischen Mitgliedstaaten der europäischen Union, die schon weiter gegangen sind, jetzt lernen, wie gesetzliche Transparenzregelungen wirken, ob sie den Vorstellungen der Nutzerinnen und Nutzer tatsächlich gerecht werden. In Deutschland hat die Freie und Hansestadt Hamburg im letzten Jahr mit der Verabschiedung des ersten Transparenzgesetzes, das aus der Zivilgesellschaft gekommen ist, gesetzliche Regelungen für Open Data in einem gemeinsamen Gesetz für Informationsfreiheit und Open Data verabschiedet und damit eine Weiterentwicklung der Informationsfreiheitsgesetze in Deutschland hin zu Transparenzgesetzen angestoßen. Weitere Bundesländer, gerade auch solche, die bisher noch kein Informationsfreiheitsgesetz hatten, wollen dem Hamburger Beispiel folgen. Dort wo der Gesetzgeber in den Bundesländern bisher keine Initiative für gesetzliche Regelungen für Open Data ergriffen hat, entscheiden sich zudem immer häufiger Kom-

munen freiwillig für ein Open Data Portal und greifen damit den Transparenzwunsch aus der Gesellschaft auf. Diese Entwicklungen zeigen, dass es offenbar ein starkes gesellschaftliches Interesse an mehr Transparenz gibt und sich der Aufwand für eine Umgestaltung in Richtung mehr Transparenz lohnen könnte. Eine gesetzliche Regelung wäre daher durchaus ein sinnvoller Schritt, um hier gleiche Grundlagen für alle zu schaffen. Die Novellierung der PSI-Richtlinie durch die Europäische Kommission ist hier ein nicht zu unterschätzender wichtiger Anstoß für eine gesetzliche Regelung für Open Data. Sie macht deutlich, dass Open Data mehr ist als ein bloßer „Hype“ und dass Open Data für eine sinnvolle und umfassende Entwicklung der Mitgliedstaaten zu mehr Transparenz stehen kann, die am Ende den vielfältigsten Zwecken dienen kann.

Während Open Data in Deutschland noch immer Neuland ist, gilt dies für andere Mitgliedstaaten gar nicht mehr. Wir wollen deshalb heute mit der Unterstützung unserer Referentinnen und Referenten aus vielen europäischen Staaten versuchen, uns mit Ihnen gemeinsam, meine Damen und Herren, dem Begriff Open Data, seiner Einordnung sowie den Möglichkeiten, staatliche Regelungen hierfür zu verabschieden, nähern. Besonders interessant ist dabei die Frage der Wirkungen oder Wechselwirkungen von Open Data. Was verändert sich, wenn Transparenz als etwas Selbstverständliches für die unterschiedlichsten Zwecke wirklich realisiert wird? Wirkt sich Open Data tatsächlich demokratiefördernd aus, welchen wirtschaftlichen Nutzen hat Open Data? Ändert sich die Haltung Vieler zum sogenannten Amtsgeheimnis und damit das Selbstverständnis öffentlicher Stellen durch Open Data? Führt Open Data am Ende zu einer Reform der Öffentlichen Verwaltung? Das sind nur einige der vielen Fragen, die es zu Open Data und Informationsfreiheit gibt. Wir werden von unseren Referentinnen und Referenten hierzu sicherlich einiges erfahren

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt hätte ich mich an dieser Stelle sehr über ein Grußwort unseres Ministerpräsidenten Herrn Matthias Platzeck, den wir hierfür angefragt hatten, zu diesem spannenden Thema gefreut. Leider war ihm dies aus terminlichen Gründen heute nicht möglich, zu uns zu sprechen. Wir bedauern dies sehr, haben aber dadurch auch ein bisschen mehr Zeit für Ihre Fragen nach den Beiträgen unserer Referentinnen und Referenten gewonnen. Lassen Sie uns diese Chance einfach nutzen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun den Kurator der Alcatel Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung, Herrn Rainer Lüdtkke, bitten, uns in das Thema des Symposiums einzuführen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rainer Lüdtkke

Mitglied des Kuratoriums der Alcatel-Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung

Grußwort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist mehr 25 Jahre her, dass ich persönlich das erste Mal intensiv mit dem Thema Datenschutz und Open Data konfrontiert worden bin. Zu dieser Zeit war ich Student der Statistik, und einer meiner Lehrer behauptete, der Schutz der persönlichen Daten sei das größte Hemmnis für wissenschaftliche Erkenntnisse überhaupt. Er war Epidemiologe und daher auf die Daten aus öffentlichen Registern angewiesen.

Zur gleichen Zeit wurde in Deutschland unter großer öffentlicher Anteilnahme diskutiert, ob eine Volkszählung sinnvoll ist und der Staat die Daten seiner Bürger speichern dürfe. Zu groß erschien den meisten von uns die Gefahr, dass staatliche Stellen oder gar unbefugte Dritte Zugriff auf persönliche Daten bekommen und diese zu unserem Nachteil missbrauchen. Dabei ging es aber primär um zufällige Datenlecks oder die unbeabsichtigte Weitergabe von Daten. Dass Daten gar beabsichtigt weitergegeben werden könnten, war nicht Gegenstand der Diskussion. Wussten wir doch, dass nicht einmal redliche Epidemiologen auf dringend benötigte wissenschaftliche Daten zugreifen durften.

Heute, 25 Jahre später, hat sich an dieser Sichtweise Einiges geändert. Nicht mehr staatliche Stellen stehen vornehmlich im Verdacht, persönliche Daten zu missbrauchen, sondern private, gewinnorientierte Unternehmen. Die Rolle des Staates wechselte in diesem Szenario vom handelnden Akteur zum indirekten Erfüllungsgehilfen. Er späht seine Bürger nicht mehr aktiv aus, sondern partizipiert an Unternehmensgewinnen, indem er Adressen oder Konsum- und Gesundheitsdaten gegen Entgelt oder unentgeltlich veräußert.

Als aufgeklärter Bürger stehe ich diesem Szenario noch skeptischer gegenüber als dem alten. Ich mag mir nicht wirklich vorstellen, dass mir ein freundliches Unternehmen die Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr anpreist, weil es von staatlichen Stellen erfahren hat, dass ich für drei Monate führerscheinlos bin. Und ich möchte nicht, dass mir ein

Bankkredit verweigert wird, nur weil in meiner Nachbarschaft zufällig mehrere Bedürftige wohnen.

Auf der anderen Seite erwarte ich als ebendieser aufgeklärter Bürger, dass ich auch tatsächlich über die Aktivitäten des Staates aufgeklärt werde, dass der Staat mir gegenüber maximal transparent agiert. Ich will wissen, warum in meinem Stadtteil der Fußballverein so viel mehr öffentliche Förderungen bekommt als der Handballverein, warum der eine Kindergarten geschlossen wird, der andere aber nicht, oder warum die Polizei welche Daten über mich gespeichert hat.

Und als Wissenschaftler und Statistiker bin ich natürlich dafür, mir so viele Informationen wie möglich auf individueller Basis zur Verfügung zu stellen. Nur so – glaube ich in meiner Vermessenheit – kann ich der Öffentlichkeit adäquat über ein möglicherweise erhöhtes Leukämierisiko in der Nähe von Atomkraftwerken berichten, oder ob das neue Multiple Sklerose-Medikament tatsächlich geringere Nebenwirkungsraten hat als das alte.

Als Mitglied des Kuratoriums der Alcatel-Lucent-Stiftung ist es mir ein wesentliches Anliegen, dass wir über die verschiedenen Erwartungen, Ansprüche, Verpflichtungen, Ängste und Hoffnungen sprechen, die mit dem Thema Open Data, Verwaltungstransparenz und Informationsfreiheit verknüpft sind. Zum einen, weil schon ich allein in meinen verschiedenen Rollen sich widersprechende Erwartungen habe. Zum anderen, weil es neben mir als aufgeklärtem Bürger eine ganze Reihe von – neu-deutsch – Stakeholders gibt, deren Erwartungen sich gegebenenfalls diametral gegenüberstehen.

Es ist mir daher eine ganz besondere Freude, Sie zu dieser Konferenz „Open Data – Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit“ begrüßen zu dürfen, die die Alcatel-Lucent-Stiftung zusammen mit der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht in Brandenburg und der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik ausrichtet.

Wie Sie schon gehört haben, ist dieses nicht die erste Konferenz, die wir gemeinsam ausrichten. Die Reihe begann schon 2001 mit dem Thema „Informationsfreiheit und Datenschutz in der Erweiterten Europäischen Union“ und hatte bereits 2007 unser heutiges Thema im Fokus: „Öffentliche Daten auf dem privaten Markt – neue Regelungen zur Weiterverwendung öffentlicher Informationen“. Damals las sich unser Anliegen so:

Seitdem das Informationsweiterverwendungsgesetz am 19. Dezember 2006 in Kraft getretenen ist, bestehen erstmals einheitliche Konditionen für die Vermarktung von Informationen des öffentlichen Sektors durch private Unternehmen.

Sowohl Bürger und Verwaltungen als auch Unternehmen der Informationswirtschaft fragen sich nun, was das Gesetz konkret für sie bedeutet: Wozu brauchen wir solche Regelungen überhaupt? Welche Datenbestände sind davon betroffen? In welchem Verhältnis steht das neue Gesetz zu dem Bürgerrecht auf Informationszugang? Schränkt das Urheberrecht die Möglichkeiten zur Weiterverwendung von Informationen ein? In welcher Höhe dürfen Unternehmen für die Weitergabe der Daten zur Kasse gebeten werden? Können Informationen durch Lizenzverträge auch weiterhin exklusiv an einzelne Unternehmen weitergegeben werden? Welchen Nutzen haben öffentliche Stellen von den Mehrwertprodukten des privaten Markts?

Heute, sechs Jahre später haben wir das Ziel des Symposiums so formuliert:

Informationsfreiheit, kommerzielle Weiterverwendung von Informationen öffentlicher Stellen, Open Data – drei Schlagwörter, drei Bedeutungen. Oder handelt es sich schlicht um ein und dieselbe Idee, nämlich um die Transparenz öffentlicher Stellen? Eignet sich Open Data, um der Informationsfreiheit einen neuen Auftrieb zu geben, oder gerät im Gegenteil der gesetzliche Anspruch auf Herausgabe von Informationen dadurch ins Hintertreffen?

Meine Damen und Herren, die Alcatel-Lucent Stiftung ist eine gemeinnützige Förderstiftung für Wissenschaft im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Sie ist im Laufe ihres mehr als 30jährigen Bestehens zu einer anerkannten Plattform gerade für die interdisziplinären Fragen der Forschung, aber eben auch für das Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hin zu einer Informationsgesellschaft geworden.

Sie steht damit neben der Forcierung inhaltlicher Fragestellungen auch für den Austausch, für die Kommunikation zwischen Disziplinen, aber auch zwischen Kulturen und Nationen. Ich freue mich daher sehr, dass wir heute von verschiedenen nationalen Erfahrungen und Ansätzen zur Open-Data-Debatte und -Realisierung hören werden.

Austausch anzustoßen – diese Funktion füllt die Stiftung nicht alleine aus. Dazu bedarf es intensiver Partnerschaften mit unterschiedlichen Akteuren und Institutionen. Dieses sind Kooperationen, auf die wir seitens der Stiftung stolz sein können, für die wir Einiges getan haben, von denen wir aber auch Einiges bekommen. Eben wie Kooperationen sein sollten – ein Geben und Nehmen.

Um Geben und Nehmen zu können ist auch immer viel ehrenamtliches Engagement notwendig. Mein Dank gilt daher in besonderem Maße Frau Hartge und Herrn Müller, die auch in diesem Jahr wieder sowohl die wissenschaftliche und inhaltliche Leitung als auch die Organisation für das Internationale Symposium übernommen haben.

Mein Dank auch an Sie, Herr Dr. Brandi-Dohrn. Die Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik ist seit Beginn der Veranstaltungsreihe ein zuverlässiger und wertvoller Partner.

Ich wünsche uns eine spannende Tagung, danke bereits jetzt allen Referierenden und Diskutanten und freue mich auf die anstehenden Beiträge. Und zwar in all meinen Rollen: als ängstlicher Bürger, als kritischer Begleiter des Staats, als Epidemiologe und Wissenschaftler und als Kurator der Alcatel-Lucent-Stiftung.



The Right of Access to Information & Open Data

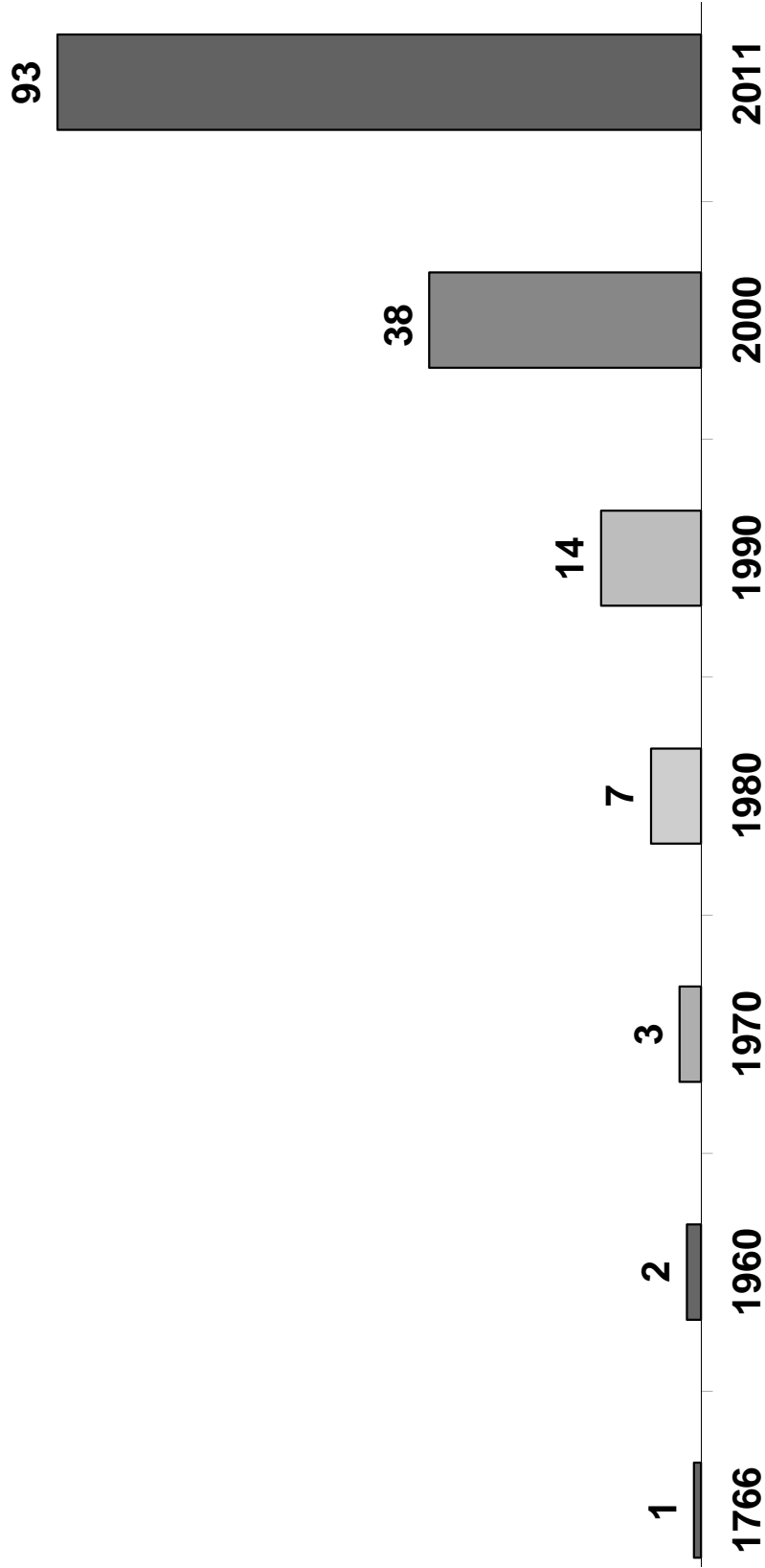
Helen Darbshire





- ✓ 1766: Sweden
- ✓ 1951: Finland
- ✓ 1966: United States
- ✓ 1978: France, Netherlands

Access to Information Laws



95 countries

**55 countries =
constitutional right**

28 constitutions Europe (Council of Europe region)

Norway

Everyone has a right of access to the documents of the State and of the municipal administration and a right to be present at sittings of the courts and elected assemblies. The law may prescribe limitations to this right in regard to the right to privacy or other weighty considerations.

2004

Poland

A citizen shall have the right to obtain information on the activities of organs of public authority as well as persons discharging public functions.

1997

Convention on Access to Official Documents



14 signatures, 6 ratifications
– 10 ratifications to enter into force



Has a law
 Does not have a law

Right of Access to Information ?

Inter American Court of Human Rights

- 19 September 2006



The right of access to information is an inherent
part of freedom of expression



European Court of Human Rights

14 April 2009



Linked to freedom of expression

European Court of Human Rights

14 April 2009



Concept of “information monopolies”

European Court of Human Rights

14 April 2009



Role of “social watchdogs”

European Court of Human Rights

14 April 2009

- *Társaság a Szabadságjogokért v. Hungary* (App no 37374/05), ECHR, 14 April 2009



- *Kenedi v. Hungary* (Appl. no. 31475/05) 26 May 2009

European Union

- ✓ Article 42 Charter of Fundamental Rights of the EU
 - ✓ Article 15 EU Treaty
- = Fundamental right

UN Human Rights Committee

27 July 2011



Right to Expression & Information (Art.19)



UN Human Rights Committee

Article 19, paragraph 2 on Freedom of Expression embraces a right of access to information held by public bodies.

Such information includes records held by a public body, regardless of the form in which the information is stored, its source and the date of production.

Right of Access to Information

2 obligations

- *Reactive*: respond to requests
- *Proactive*: publish information

Essential Elements of the Right

- Right of everyone
- All information
- All public bodies
- Limited exceptions
- Free (copying costs only)
- Rapid provision of information
- Independent oversight bodies

Definition of “document”

“official documents” means all information recorded in any form, drawn up or received and held by public authorities.



Hello, Helen Darbshire! [My profile](#) [Sign out](#)

[About](#) [Request Guide](#) [Make a Request](#) [Search Requests](#) [News &](#)

Machine-readable version of the EU budget

Follow 1

Friedrich Lindenberg made this access to information request to Budget (BUDG)

There are request



The request was successful.



Follow



RSS feed

From: Friedrich Lindenberg
30 January 2012

[Act on 1 learnt](#)



Tweet

[Similar](#)

[Financial To Budget \(2012](#)

[Accountir Institutior](#)

[To Budget \(December 2](#)

[Carlos Ta](#)

Dear Budget (BUDG),

Under the right of access to documents in the EU treaties, as developed in Regulation 1049/2001, I am requesting documents which contain the following information:

- * What process is used to create the EUs budget documents; which interim formats and representations are generated?
- * A machine-readable version of the Union's budget for 2012, 2011 and 2010 [1]. Machine-readable formats include CSV, XLS and XML (which is most likely used in the generation of the existing version). but not PDF and HTML.

Auszug (extract)

Repd on + m17

Working party on Information 25 June
Tues 7 Sept. - next WPI

Access to Documents request

waiting for signals from EP

EP got has volume

to fairly often Mr.

Wickham

LIBF often - ref to m17/epim

AFCC Gilchrist/ette J. J. J. J. J.

Partners often (with fly) Markies

byed m17

diff approach with ette

It and may contain some more + 685

no Jan approach a join

at know could up resp of report and
byed some 15 (2) TFFV

AFCC ette - staff of - for analysis

It is about it control and a

case of info back into

byed ette with - 2 days or 20 Jan

case of info / address area by m17

m17 to case - no visit by m17



CIA secret flights

CIA flights

- ✓ Denmark
- ✓ Finland
- ✓ Germany
- ✓ Ireland
- ✓ Lithuania
- ✓ Norway
- ✓ Portugal
- ✓ USA





COUNCIL OF
THE EUROPEAN UNION

Brussels, 26 November 2008

16338/08

Interinstitutional file:
2008/0090 (COD)

LIMITE

INF 251
API 87
JUR 531
CODEC 1658

**DOCUMENT PARTIALLY
ACCESSIBLE TO THE PUBLIC**

NOTE

From : General Secretariat
To : Working Party on Information
Subject : Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council
regarding public access to European Parliament, Council and Commission
documents

Delegations will find at Annex the following documents which were circulated at the meeting of the Working Party on 25 November 2008:

- proposal by ~~DELETED~~ for amendment to Article 2(5) and Article 5(2) and insertion of new recital (8)A;
- proposal by ~~DELETED~~ for a new Article 4(1)(f);
- proposal by ~~DELETED~~ for amendment to Article 4(3);
- proposal by ~~DELETED~~ for a new Article 4(2)(d).

16338/08

DG F

JT/Ab
LIMITE EN 1

Access Info Europe vs. Council of EU

22 March 2011

“If citizens are to be able to exercise their democratic rights, they must be in a position to follow in detail the decision-making process” and that they should “have access to all relevant information.”

Access Info Europe vs. Council of EU

Appeal:

Council +Czech Republic, France, Greece, Spain,
and the UK.

Access Info Europe + European Parliament

Opinion of Advocate General

16 May 2013

Law-making [is an] activity that in a democratic society can only occur through the use of a procedure that is public in nature and, in that sense, 'transparent'.

Opinion of Advocate General

16 May 2013

Law-making [is an] activity that in a democratic society can only occur through the use of a procedure that is public in nature and, in that sense, 'transparent'. Otherwise, it would not be possible to ascribe to 'law' the virtue of being the expression of the will of those that must obey it, which is the very foundation of its legitimacy as an indisputable edict.

2. Open Data: opportunity or threat?

UN Human Rights Committee

Article 19, paragraph 2 on Freedom of Expression

embraces a right of access to information held by public bodies.

A duty to publish ...

To give effect to the right of access to information, States parties **should proactively** put in the public domain Government information of public interest.

States parties should make **every effort** to ensure **easy, prompt, effective** and **practical** access to such information.

Ok, but which info?

Council of Europe

Convention on Access to Official Documents

At its own initiative and where appropriate, a public authority shall take the necessary **measures to make public official documents** which it holds in the interest of promoting the **transparency and efficiency** of public administration and to encourage **informed participation** by the public in matters of general interest.

Council of Europe

Convention on Access to Official Documents

- » *structures*
- » *staff*
- » *budget*
- » *activities*
- » *rules*
- » *policies*
- » *decisions*
- » *delegation of authority*
- » *& the right to know and how to ask*

BUT ONLY in explanatory memorandum!



 **World Bank
Institute**

GOVERNANCE WORKING PAPER SERIES

Access to Information
Program

Proactive Transparency: The future of the right to information?

Helen Darbshire



THE WORLD BANK



CommGAP
Towards A New Agenda
for the Practice of Transparency

Comparative Standards

- » Institutional Information
- » Organisational Information
- » Operational Information
- » Decisions and Acts
- » Public Services Information
- » Budget information
- » Open meetings information
- » Decision-Making & Public Participation
- » Subsidies Information
- » Public Procurement information
- » Lists, Registers, Databases
- » Information about Information Held
- » Publications Information
- » Information about the Right to Information

Current standards reflect
historical practices
... *but not more than
that!*

The “Open Data Revolution”

Tsunami of data ?



Data Portals

Geoportal.DE befindet sich noch in der Pilotphase. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

LOGIN | HILFE | KONTAKT | IMPRESSUM | ÜBERSICHT | ENGLISH



Geoportal.DE
suchen. finden. verbinden.

Geoportal

GDI-DE

Karten Suche Service

© GeoBasis-DE / BKG 2012
Nutzungsbedingungen

Erweiterte Kartenansicht

Unser Karten-Tipp

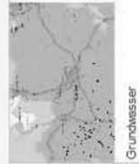
Erdbeben in Deutschland:
Wen sie betreffen

In Deutschland ist die Erdbebengefahr weit geringer als in Regionen, in denen zwei Kontinentalplatten aufeinander treffen. Dennoch gibt es auch in der Bundesrepublik Erdbeben geringer bis mittlerer Stärke.

- Details zum Karten-Tipp
- Karte anzeigen

Nach welchem Ort suchen Sie?
z.B. Stadt, PLZ, Adresse

Ort suchen



Grundwasser



Windkraft



Erdbeben



Lärm durch Züge

Nach was suchen Sie?
Geodaten & Inhalte über

Suchbegriffe

Suchbegriff

Suchen

Beliebte Suchanfragen

- Umwelt
- Bevölkerung

access
!info



Open Data: The bigger picture

This site makes public government data accessible to the people of Kenya. High quality national census data, government expenditure, parliamentary proceedings and public service locations are just a taste of what's to come. There's something for everyone: maps to start exploring, interactive charts and tables for a deeper understanding, and raw data for technical users to build their own apps and analyses. Our information is a national asset, and it's time it was shared: this data is key to improving transparency; unlocking social and economic value, and building Government 2.0 in Kenya.

Read more about this site here.

+ Developers Click Here

PROJECT TOPICS

- Education
- Energy
- Health
- Population
- Poverty
- Water & Sanitation

PUBLIC EXPENDITURES

- View Public Expenditures »
- View CDF Spending »

DEVELOPMENT INDICATORS

- View World Development Indicators »

Counties

Select a county to learn more about that county:



All Counties

- | | | | |
|-----------------|-------------|--------------|-------------|
| Baringo | Bomet | Bungoma | Busia |
| Elgeyo Marakwet | Embu | Garissa | Homa Bay |
| Isiolo | Kajiado | Kakamega | Kericho |
| Kiambu | Kilifi | Kirinyaga | Kisii |
| Kisumu | Kitui | Kwale | Lalikipia |
| Lamu | Machakos | Makueni | Mandera |
| Marsabit | Meru | Migori | Mombasa |
| Murang'a | Nairobi | Nakuru | Nandi |
| Narok | Nyamira | Nyandarua | Nyeri |
| Samburu | Siaya | Taita Taveta | Tana River |
| Tharaka Nithi | Trans Nzoia | Turkana | Uasin Gishu |
| Vihiga | Wajir | West Pokot | |

too many bus
timetables?

“data for democracy”

Data for Democracy

ID	Case Number	Date	Block	IUCR	Primary Type	Description
1	900092 HW147156	02/07/2013 04:56:00 AM	006XX W DIVERSEY PKWY	1330	CRIMINAL TRESPASS	TO LAND
2	9000104 HW147161	02/07/2013 04:48:00 AM	031XX N CENTRAL AVE	2022	NARCOTICS	POSS: COCAIN
3	9000098 HW147158	02/07/2013 04:40:00 AM	024XX E 79TH ST	0610	BURGLARY	FORCIBLE EN
4	9000263 HW147169	02/07/2013 04:30:00 AM	063XX N ROCKWELL ST	0486	BATTERY	DOMESTIC BA
5	9000091 HW147153	02/07/2013 04:25:00 AM	078XX S PAULINA ST	0486	BATTERY	DOMESTIC BA
6	9000101 HW147151	02/07/2013 04:05:00 AM	108XX S CALHOUN AVE	1020	ARSON	BY FIRE
7	9000076 HW147150	02/07/2013 04:00:00 AM	003XX W ERIE ST	0910	MOTOR VEHICLE THEFT	AUTOMOBILE
8	9002972 HW150002	02/07/2013 04:00:00 AM	017XX N WASHTEWAW AVE	0560	ASSAULT	SIMPLE
9	9003287 HW150494	02/07/2013 04:00:00 AM	038XX W MONROE ST	2820	OTHER OFFENSE	TELEPHONE
10	9001156 HW148059	02/07/2013 04:00:00 AM	003XX N CENTRAL AVE	0910	MOTOR VEHICLE THEFT	AUTOMOBILE
11	9002507 HW149460	02/07/2013 04:00:00 AM	049XX N KEELER AVE	1320	CRIMINAL DAMAGE	TO VEHICLE
12	9000069 HW147145	02/07/2013 03:50:00 AM	012XX W 50TH ST	502P	OTHER OFFENSE	FALSESTOLE
13	9000077 HW147152	02/07/2013 03:42:00 AM	058XX S MICHIGAN AVE	0560	ASSAULT	SIMPLE
14	9005060 HW152444	02/07/2013 03:38:00 AM	069XX S UNION AVE	0810	THEFT	OVER \$500
15	9000079 HW147144	02/07/2013 03:35:00 AM	081XX S ESSEX AVE	2820	OTHER OFFENSE	TELEPHONE
16	9000095 HW147163	02/07/2013 03:35:00 AM	084XX S PULASKI RD	0460	BATTERY	SIMPLE
17	0000074 HW147146	02/07/2013 03:05:00 AM	024XX N DAVENP AVE	0240	ROBBERY	ARMED, OTHE
Totals						5150391

INFRACCIONES PENALES REGISTRADAS

(Cuerpo Nacional de Policía, Guardia Civil, Ertzaintza, Policía Foral de Navarra y Mossos d'Esquadra)

PROVINCIA: Barcelona

PERÍODO: Enero a Septiembre

TIPOLOGÍA PENAL	2011	2012	Var. % 12/11
1.-DELITOS Y FALTAS (EU)	263.353	260.266	-1,2
2.-HOMICIDIOS DOLOSOS Y ASESINATOS CONSUMADOS (EU)	36	37	2,8
3.-DELINCUENCIA VIOLENTA (EU)	20.875	23.341	11,8
3.1.-ROBO CON VIOLENCIA E INTIMIDACIÓN (EU)	18.365	21.137	15,1
4.-ROBOS CON FUERZA	42.870	41.826	-2,4
4.1.--ROBOS CON FUERZA EN DOMICILIOS (EU)	10.013	10.630	6,2
5.-SUSTRACCIÓN VEHÍCULOS A MOTOR (EU)	7.250	6.936	-4,3
6.-TRÁFICO DE DROGAS (EU)	1.016	1.004	-1,2
7.-DAÑOS	24.460	22.180	-9,3
8.-HURTOS	113.518	111.578	-1,7

Data for Democracy

Crime data

... from a human rights perspective:

- » Racially motivated crimes
- » Gender violence
- » Crimes involving trafficking of persons
- » Stopping and searching of minorities / immigrants

Data for Democracy

The need for standards!

The Proactive Obligation

- » Education
- » Health
- » Social services
- » Human rights protection
- » Development
- » Financial crisis



open government
standards

#IwantOPEN

www.opengovstandards.org

3. Future challenges

#1. Don't need FOI

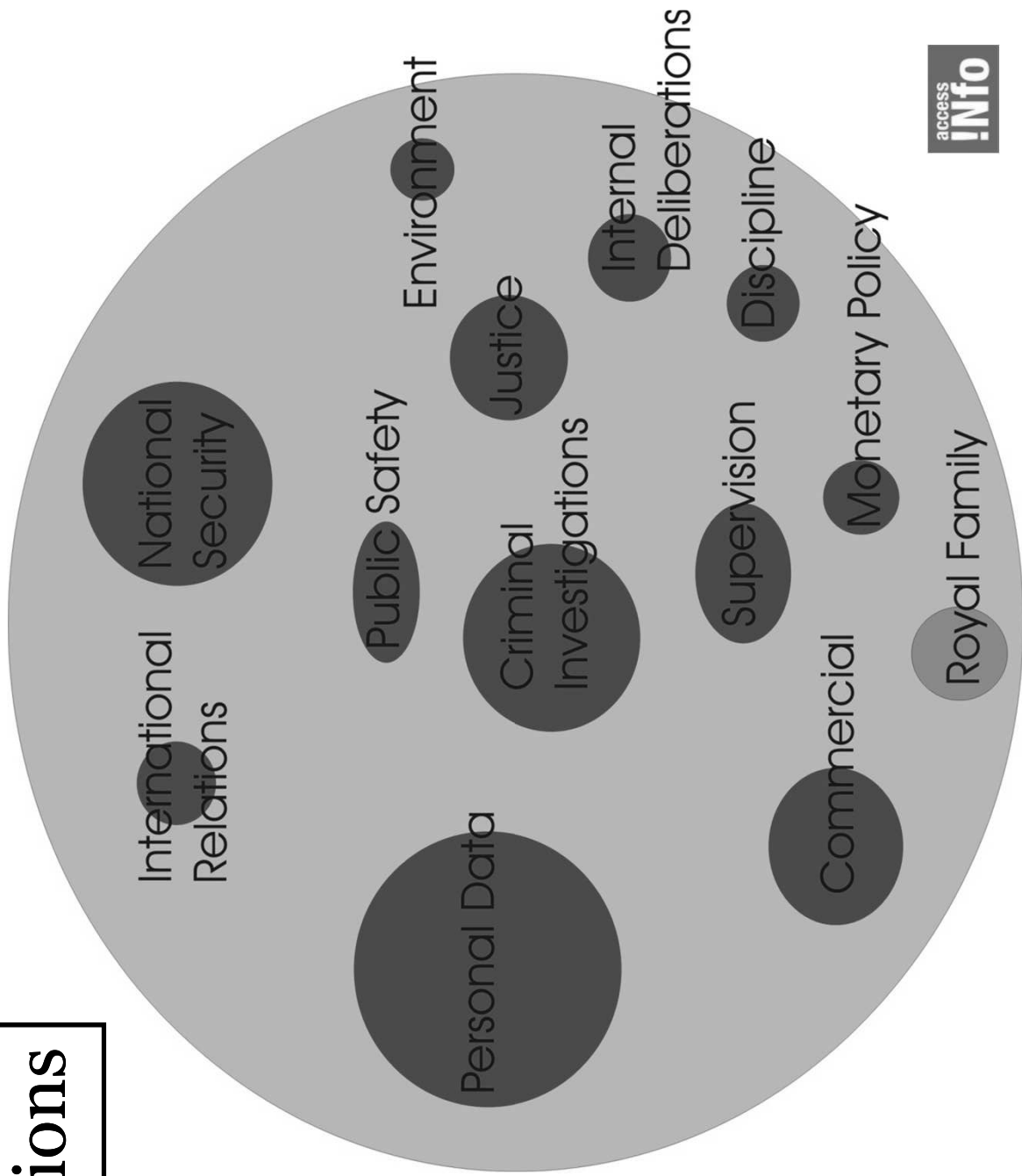
#2. Limitations / Conditions increase

#3. Data Protection

Exceptions

1. national security, defence and international relations;
2. public safety;
3. the prevention, investigation and prosecution of criminal activities;
4. disciplinary investigations;
5. inspection, control and supervision by public authorities;
6. privacy and other legitimate private interests;
7. commercial and other economic interests;
8. the economic, monetary and exchange rate policies of the state;
9. the equality of parties in court proceedings and the effective administration of Justice;
10. environment; or
11. the deliberations within or between public authorities concerning the examination of a matter.

Exceptions



17 April 2009

Proposal by [REDACTED] Estonia, Finland and [REDACTED]

Article 4, paragraph 2, point (c) "Legal advice and court proceedings"

Commission proposal: 2. The institutions shall refuse access to a document where disclosure would undermine the protection of:

(c) legal advice and court proceedings, arbitration and dispute settlement proceedings.

Proposal of the [REDACTED] Estonian, Finnish and [REDACTED] delegations:

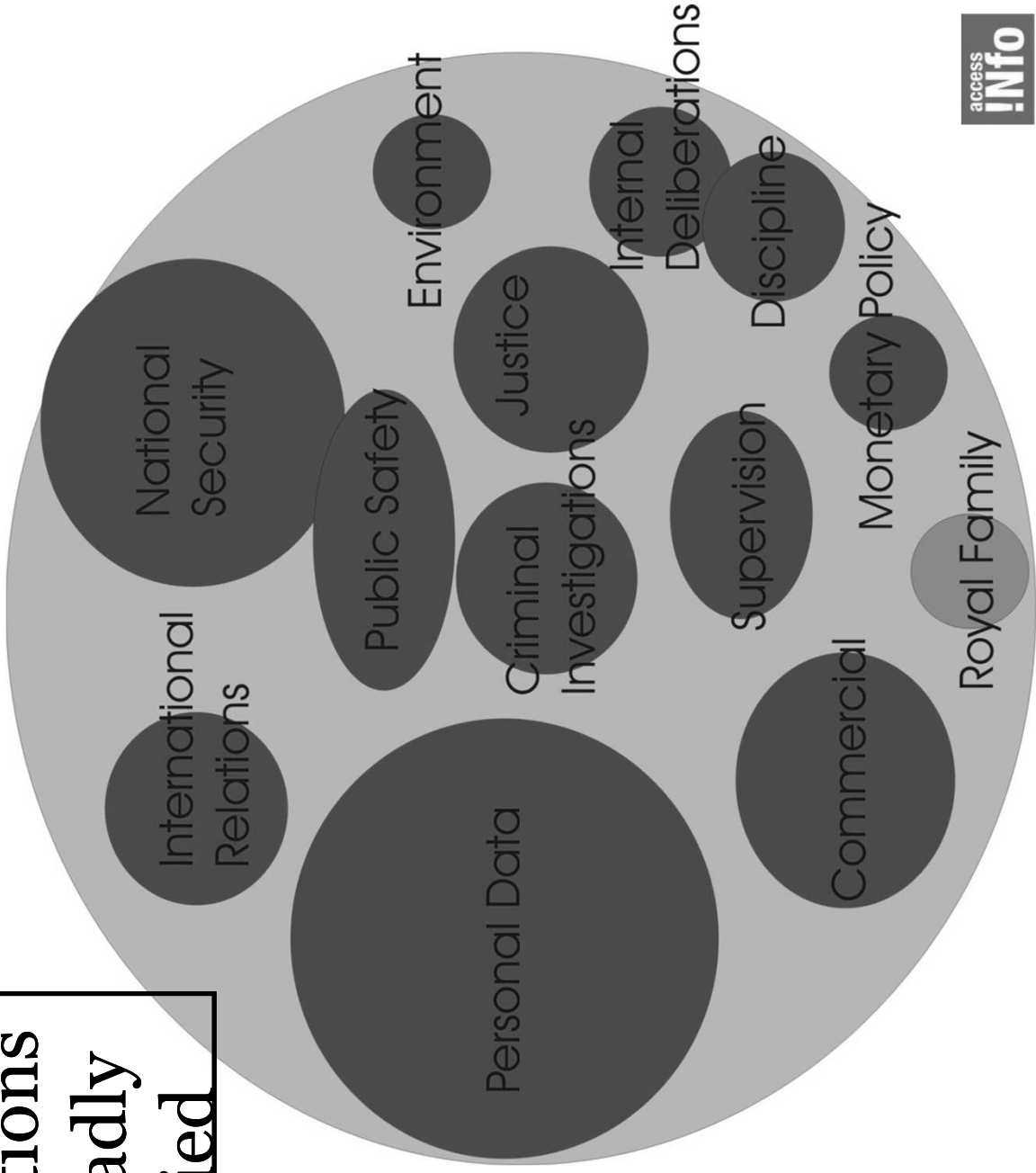
Delete Commission proposal and uphold the existing article 4, para 2, (c)

Justification:

Several delegations have raised the need for an absolute exception relating to legal advice. We believe, however, that the existing wording of Article 4, par 2 (c) should be upheld. The exception, as interpreted by the European Court of Justice in C-39/05P (Turco), represents a fair and balanced approach. The ruling establishes that while access to legislative documents is the main rule, access can be denied if the requested document is particularly sensitive or wide in scope. All categories of documents held by the institutions are covered by the regulation on access to documents. Access to such documents can only be denied following a case-by-case assessment if they are covered by one of the exceptions provided for in the regulation. Moreover, the Court has established that the risk of harm to a protected interest needs to be reasonably foreseeable and not purely hypothetical.

It is much welcomed that the Legal Service of the Council following the judgment in C-39/05P has taken all necessary measures in order to implement in the fullest possible way the just mentioned judgment. A list on "CLS opinions to which public access has been granted following the ECJ judgment as of 26 November 2008" has been distributed to the WPI working group. According to this list access or partial access was at that time granted to 24 legal opinions. The Legal Service of

**Exceptions
– broadly
applied**



305

Rikke Demant Hansen

Fra: Jonas Bering Lissberg
Sendt: 6. juli 2009 15:05
Til: marc.lepoivre@consilium.europa.eu; jakob.thomsen@consilium.europa.eu;
minna.immonen@consilium.europa.eu
Cc: maria.hellberg@justice.ministry.se; paivi.leino-sandberg@om.fi;
henriikka.leppo@formin.fi; Klaus Juel Werner; Lars Bo Kirketerp Lund; Bolette Weis F
Emne: VS: Report of 1 July
Klassifikation: UKLASSIFICERET

Dear colleagues,

First of all many thanks to the Secretariat for preparing and distributing the report.

[REDACTED]

We hope that you will find our observations useful with a view to preparing a revised version in cooperation with the Presidency.

Best regards,

Jonas Bering Lissberg

JONAS BERING LISSBERG / JOBELT@UM.DK
HEAD OF EU LAW DEPT / LEGAL SERVICE
DIRECT +45 3392 0403 / MOBILE +45 2528 3709

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
ASIATISK PLADS 2 / DK-1448 KØBENHAVN K
TEL. +45 3392 0000

Thanks!

Danke Schön

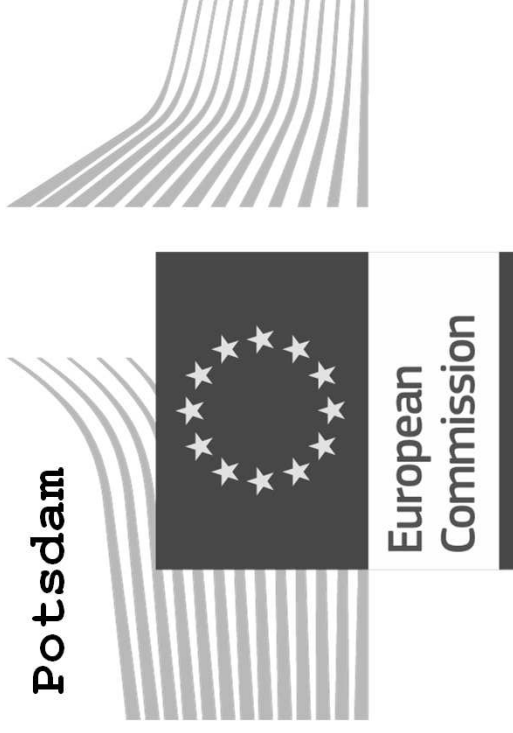
helen@access-info.org

@helen_access

Internationales Symposium

"Open Data - Ergänzung oder Einschränkung der Informationsfreiheit?"

27. Mai 2013, Potsdam



Open-Data-Politik der EU-Kommission

Carl-Christian Buhr

[@ccbuhr](http://bit.ly/cc_buhr)

(Die Aussagen des Vortragenden binden nicht die Kommission)



<http://slidesha.re/COModp>

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/de/>



101 Maßnahmen

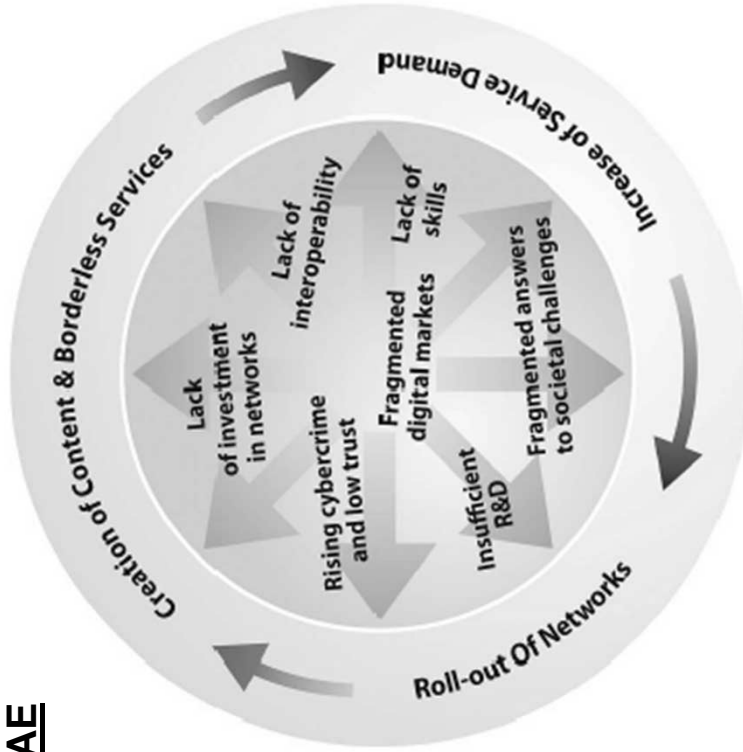
Digital Agenda 100110010101101110000100 2010-2020 for Europe

<http://ec.europa.eu/digital-agenda>



<http://bit.ly/NeelieKroesEU>,
[@NeelieKroesEU](https://twitter.com/NeelieKroesEU)

DAE



Über Offene Daten

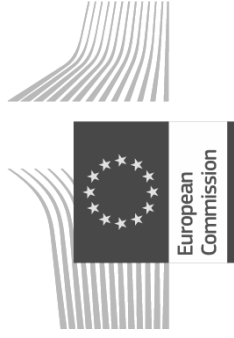
“Regierungen sollten **Offene Daten annehmen** und unterstützen”
05/04/2011 (Übersetzung)

“Unsere Aufgabe ist es, den Bürgern zu dienen [...] **was wäre besser als ihnen die im öffentlichen Auftrag gesammelten Informationen zur freien Verfügung zu stellen.**”
16/06/2011 (Übersetzung)

Neelie hat zum Thema auch gebloggt: Am 13. Mai 2011 und am 12. Dezember 2012.



<http://bit.ly/NeelieKroesEU>,
[@NeelieKroesEU](#)



Einfache Grundeinsicht...

Maximiere

**den gesellschaftlichen Nutzen
öffentlicher Informationen**

durch

**weinste Verbreitung und
Weiterverwendung**

mittels

**minimaler Transaktionskosten, z.B.
keine Zahlungen für Datenzugriff und
-nutzung**



Kommissions-strategie für Offene Daten in Europa



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 12.12.2011
KOM(2011) 882 endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Offene Daten:

Ein Motor für Innovation, Wachstum und transparente Verwaltung

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=>

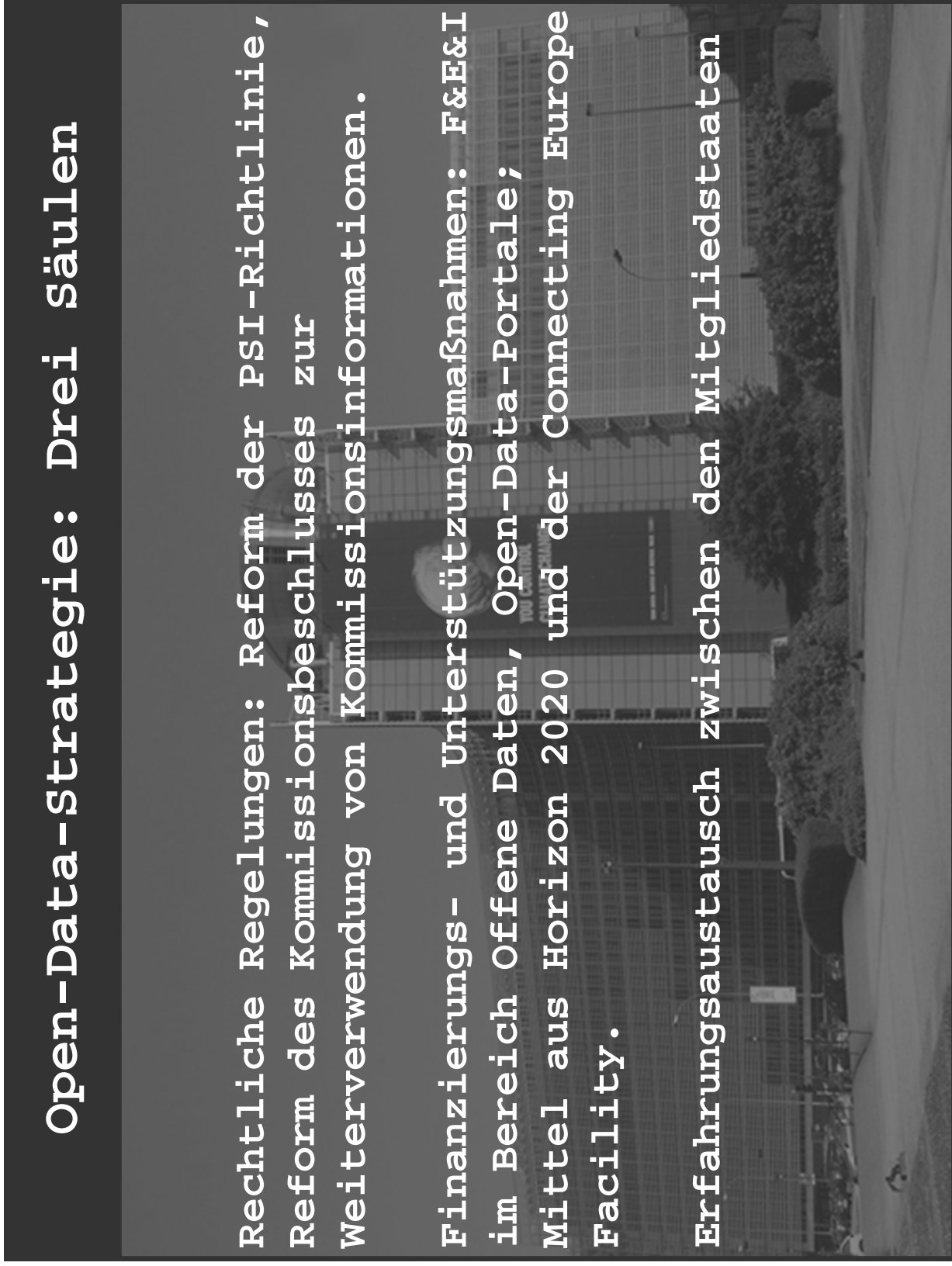
- + **Novelle von Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI)**
- + **Beschluss der Kommission über die Weiterverwendung von Kommissionsdaten**

Open-Data-Strategie: Drei Säulen

Rechtliche Regelungen: Reform der PSI-Richtlinie, Reform des Kommissionsbeschlusses zur Weiterverwendung von Kommissionsinformationen.

Finanzierungs- und Unterstützungsmaßnahmen: F&E&I im Bereich Offene Daten, Open-Data-Portale; Mittel aus Horizon 2020 und der Connecting Europe Facility.

Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten



Worte & Taten: Offene Kommissions-Daten

12/12/2011 Beschluss der Kommission über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten

Einbezogen



Ted-tenders electronic daily



EUR-Lex

Übersetzungen

Audio-visuelles Material

Ergebnisse der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission



Ausgeschlossen

Material mit Rechten Dritter

Spezialfälle (z.B. Akten von Kartellermittlungen)



Open-Data-Portale auf EU-Ebene

2012: Kommissions-Portal

**2013: EU-weiter Aggregator
(Prototyp)**

**2013-: Vortreiben einer EU-
weiten Infrastruktur für offene
Daten**

Legal notice | Contact | Search | English (en)

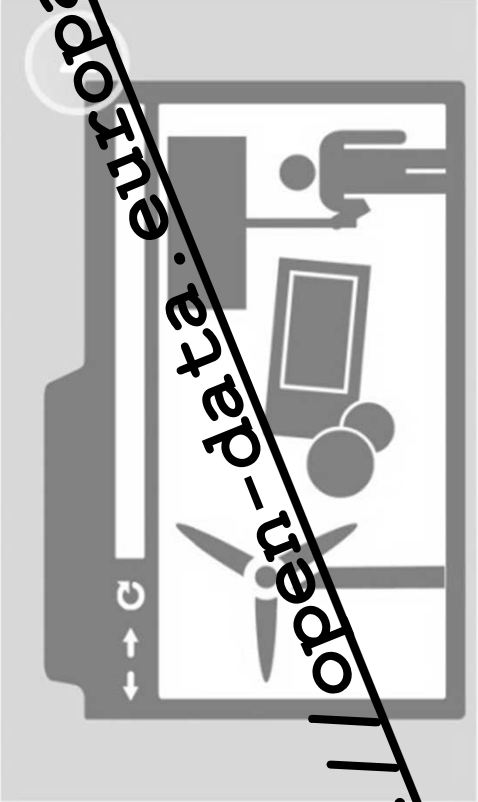
Data Portal
The Open Data Hub of the European Union **BETA**

europa.eu
Europa > Open Data Portal > Home

Home | **Data** | **Applications** | **Linked Data** | **About**

Search

The European Union Open Data Portal contains 5442 datasets that you can browse, learn about and download.



http://open-data.europa.eu

Welcome to the European Union Open Data Portal

What is this Data Portal about?

Are you looking for easy access to EU data? Do you want to reuse data for research, an article, an application or something else?

You have come to the right place. The EU Open Data Portal is your single point of access to a growing range of data produced by the institutions and other bodies of the European Union.

Blogs
Digital Agenda for Europe
Follow @EC_opendata

Tweets



Kommissions-Portal

One-Stop-Shop: Metadaten-Katalog

Treiber für Datenmanagement, IP-Management und damit die Weiterverwendungspolitik generell

Start mit >5,800 Datensätzen der Kommission

Aufnahme von Daten anderer EU-Institutionen ist vorgesehen



Technisches

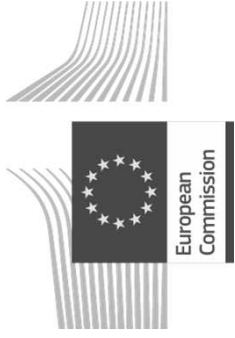
Open Source (LAMP, CKAN, Drupal)

**Metadaten-Schema: Dublin Core + DCAT
(W3C) + ADMS (ISA)**

**Lizenz: Offene Lizenz als Default
(äquivalent zu CC-BY), aber Ausnahmen
sind möglich**

Mehr Info

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/open-data-portals>



EU-weite OD-Infrastruktur

Ziel: Ein einziger Ort für den Zugriff auf alle wiederverwendbaren Informationen

Erlaubt Kombination von Daten aus verschiedenen Portalen

Eine Basis für OD-basierte Services (Visualisierung, APIs)



Den Prototyp verbessern

Log in Register

publicdata.eu Europe's Public Data BETA

Datasets Groups About Apps & Ideas

Search Europe's Public Data

Finance and Budgeting (458) | Social Questions (226) | Environment (215) | Transportation (196) | Education and Communication (188) | Agriculture, Fisheries, Forestry (176) | Population (145) | Economy and Industry (114) | Health (79)

Open Data Showcase

Featured Applications

ZnašichDani / From Our Taxes
ZnašichDani.sk uncovers who are influential persons (owners, managers, stakeholders) standing behind companies successful in securing contracts with the state, thus

OpenCorporates
OpenCorporates has taken one of the most important global datasets – companies, and government data relating to them – and for the first time enclosed it on the web in an

Live London Underground tube map
It plots the current positions of all London Underground trains on a map, and updates the map in real time. It provides a stunning visualisation of the sheer amount going on

View larger map

F&E&I-Rahmenprogramm unterstützt die Einbindung weiterer Daten.



Neue PSI-Richtlinie (Vorschlag...)

Allgemein

- Bescheidene Ausweitung der alten Richtlinie
- Recht auf Weiterverwendung verfügbarer Daten
- Unabhängige Aufsicht notwendig
- Maschinenlesbare Bereitstellung, Metadaten
- Kultureinrichtungen teilweise einbezogen
(Bibliotheken, Archive, Museen)

Kostenpflichtigkeit

- Nur Grenzkosten der Bereitstellung
- Ausnahmefälle bleiben möglich
- Aber Beweislast liegt bei den **Behörden**

...an den Gesetzgeber

Europäisches Parlament

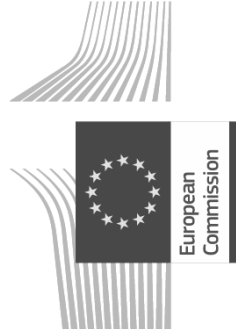


<http://europarl.europa.eu/>

**Rat der
Europäischen Union**



<http://consilium.europa.eu/>



Stand der Gesetzgebung

Einigung im Ministerrat am 10. April 2013

Kern des Kommissionsvorschlags bewahrt; aber mehr Ausnahmen, längere Fristen, Übergangsregelungen

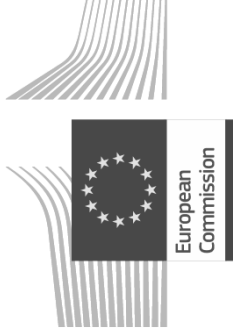


PRESS RELEASE

Brussels, 10 April 2013

Commission welcomes Member States' endorsement of EU Open Data rules

The European Commission welcomes endorsement by the EU Council's 'Coreper' committee (EU Committee of Member States' Permanent Representatives) of the Commission's effort to open-up public sector data for re-use across Europe (see [IP/11/1524](#)).



Verweise

Die Digitale Agenda für Europa

<http://ec.europa.eu/digital-agenda>

Open Data @ Digitale Agenda

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/public-sector-information-raw-data-new-services-and-products>

Fragen & Antworten zur Open-Data-Strategie

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/891>

Relevante Reden von Neelie Kroes

Data is the new gold: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/872>

Opening up Europe: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/596>

Relevante Blog-Beiträge

Getting out the data: <http://blogs.ec.europa.eu/neelie-kroes/getting-out-the-data/>

Unlocking the Goldmine: <http://blogs.ec.europa.eu/neelie-kroes/opendata/>

Kontakte

`<web>http://bit.ly/{NeelieKroesEU, cc_buhr}</web>`

`<twitter>@ccbuhr</twitter>">@NeelieKroesEU, @ccbuhr</twitter>`

`<facebook>http://on.fb.me/Neelie_Kroes</facebook>`



<http://slidesha.re/COModp>



<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/de/>

Influence of PSI directive implementation on access to public information

Krzysztof Izdebski,
Citizen Network – Watchdog Poland
Non-Governmental Centre for Access to
Public Information,
27 May 2013
Potsdam

Brief Introduction

- Directive 2003/98/EC on the re-use of public sector information,
- The Commission started the infringement procedure against Poland in October 2008,
- Polish government started to work on the implementation in the end of 2009,
- The project was presented in may 2011,
- Passed in September 2011 and come into force in December 2011.

The definition

- Article 23a. 1. **The use of public information** or any of its parts, held by bodies mentioned in paragraphs 2 and 3, by natural persons, legal bodies and organisational units without legal personality, regardless of the method of recording it (in the paper, electronic, audio, visual or audiovisual form), for commercial or non-commercial purposes, **other than the original public purpose of use for which the information has been created, constitutes re-use of public information** and takes place on the basis of principles specified in this chapter.*

* Act of 6 September 2001 on access to public information

Dissemination vs. Re-use

- The law allowed to re-use public sector information freely,
- There were only exceptions based on copyright which generally is not applied to PSI in Poland
- Journalists and bloggers have a problem to distinguished between publicizing and re-using
- As well as the authorities...

Dissemination vs. Re-use

- „In the case of using the public information in academic thesis, book or other kind of the essay the definition of re-use is fulfilled”*

(the part of the opinion of Ministry of Administration and Digitalisation, 11.03.2013)

Dissemination vs. Re-use

- Article 2a. 2. Rules for re-use of public information do not infringe the right of access to public information or the freedom of its distribution.*

* Act of 6 September 2001 on access to public information

Access to information or re-using information

- **One** request – **one** public info
- Requesting public information to re-use – **20 days**
- Requesting access to public information – **14 days**
- Requesting public information to re-use – **extra costs and conditions**
- Requesting public access to public information – **no extra costs and conditions**

Reality

- The re-use procedure is not practical, therefore not used by the citizens etc,
- Some authorities assume that requester is willing to re-use the information and refuse to access to it on FOI law basis
- No motivation to develop PSI potential
- The scope of the obliged bodies is narrowed (Institute of the Meteorology)

The spin off...

- Common courts of law lost their competence to deal with some FOI cases,
- Administrative courts are dealing with all the issues connected to FOI
- No possibility to order to disclose the information only to state that refusal was not legal.

Thank you



krzysztof.izdebski@lgo.pl

www.informacjapubliczna.org.pl



Re – use of public sector information (PSI) in Slovenia



Kristina Kotnik Šumah
Deputy of the Information Commissioner





Content of my presentation:

1. Legal basis for PSI re – use in Slovenia;
2. General principles and the conditions for re – use;
3. Charging policy;
4. The procedure and the role of the Information Commissioner;
5. Good examples from practice;
6. Challenges and obstacles;





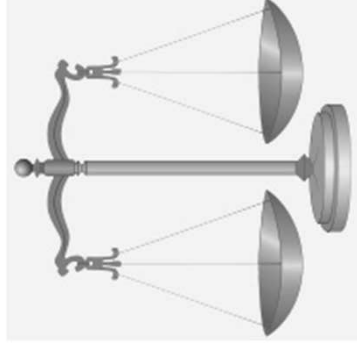
Constitutional framework

Constitution (1991)

Article 39:

Freedom of speech and right to access
public information are guaranteed.

Constitutional right of access to public
information is embodied in the Access to
Public Information Act (2003)





Re – use of PSI in Slovenia – legislation

The Slovenian national legislation implementing the Directive 2003/98/EC is:

1. Slovene Access to Public Information Act (Official Gazette, No. 24/03, 61/05) - (30th June 2005)

Articles that specifically govern the re-use of information are the following: Art. 1, 4, 5, 6, 7, 17, 22, 34a, 36 and 36a)

2. Decree on the provision of public information (Official Gazette, No. 76/05)(12th August 2005)

(Chapter VIII, Articles 22 through 27; Price and other conditions of re-use of public sector information)





What is re – use of PSI?

Article 4 of the APIA:

- *Re-use means the use by natural or legal entities of documents held by public sector bodies, for commercial or noncommercial purposes other than the initial purpose within the public task for which the documents were produced.*

Exchange of documents between public sector bodies purely in pursuit of their public tasks does not constitute re-use.





On what depends how re – use of PSI works in Slovenia?

- definition of public body (who is obliged under FOIA)
 - definition of public information
 - Procedure
 - fast,
 - minimal costs for the applicant,
 - strong redress mechanisms (Information Commissioner)
 - Raising awareness of FOI and re - use in public and private sector
-





Which are the “public bodies” that are obliged to provide PSI for re – use?

APIA covers all three branches of authorities: executive, legislative and judiciary (court records and administrative functions).

Bodies obliged to follow the provisions of the APIA are:

- ✿ state bodies,
 - ✿ local government bodies,
 - ✿ public agencies,
 - ✿ public funds and other entities of public law,
 - ✿ public powers holders and
 - ✿ public service contractors.
-





The scope of PSI that is available for re-use

- **The scope of information is broadly defined;** in principle all the information held by the public sector bodies to which access is allowed may also be re-used.
- **Archive material held by the competent Archive,** within the frame of public archive service in accordance with the Act governing archives, **is not public information.** However, archive material is widely accessible (also for re – use) according to the Protection of documents and archives and archival institutions act (Official Gazette of the Republic of Slovenia, No. 30/06).





Exceptions of the Re-use:

- In case of an exception from the publicly accessible information held by public sector (personal information, business secrets, etc.) – Article 6 of APIA;
- Information protected by the intellectual property rights of *third parties*;
- Information held by bodies performing public services of public radio-television or bodies performing public service in fields of education, research and cultural activities;
- Information for which another Act stipulates accessibility only to authorized persons.






Where to find which information is available for Re-use?

- **Catalogues of public information** (Article 8 APIA) – **Every liable body is obliged to publish a catalogue of public information**, which describes which information is in the possession of the public body
- **Ministry for public administration runs:**
- **E-Government**, a database of all the information which the public sector bodies publish on the Internet (draft laws, programmes, strategies etc, Art. 10 of the Act);
- **Informative Catalogue of Public Bodies**, which provides the citizens with the information which bodies are liable under the APIA
- **Central State catalogue of Public Information**, which is a database of the catalogues of the information of the individual public sector bodies
- **Publish Joint Annual Report on the implementation of FOIA**





REPUBLIKA SLOVENIJA



REPUBLIKANSKI
ZNAŠČENEC

www.ckijz.gov.si/index.php

Državne ustanove ▶ Išči po tej strani:

→ Informacije javnega značaja

ISKANJE PO KATALOGU IZ

Naziv:

Opis:

Oseba:

Osnovno iskanje | [Kako iskati?](#)

Brskanje po katalogu

CENTRALNI KATALOG INFORMACIJ JAVNEGA ZNAČAJA

→ Kazalo

→ Aktualno

→ Povezave

→ Koristne informacije

→ Katalog

→ Pooblaščenec

→ ZAVEZANI ORGANI

→ Koristno za zavezane organe

Spletišče informacij javnega značaja ponuja zavezanim organom preprosti in pregleden način izpolnjevanja obveznosti izhajajoč iz Zakona o dostopu do informacij javnega značaja.

→ Kako najdem informacije?

Informacije najdete s pomočjo iskalnika, ki je na vaši levi strani. Če želite pregledati, katere informacije vam zagotavlja posamezen organ, ga izberite v katalogu organov.

→ OBISKOVALCI

→ Koristno za obiskovalce

Spletišče informacij javnega značaja vam omogoča neposredni vpogled v delo organov in dostop do posameznih dokumentov, ki jih lahko neomejeno uporabljate. Informacije zagotavljajo največjo mero verodostojnosti, saj so posredovane v obliki, v kateri se tudi dejansko nahajajo pri posameznem organu.

→ Kako najdem informacije?

Informacije lahko iščete s pomočjo iskalnika, ki se nahaja na levi strani spletišča. Rezultat posamezne poizvedbe je skupek informacij s katerimi razpolagajo vsi organi.

→ Kataloško iskanje

→ Kataloško iskanje

→ Kataloško iskanje

→ ZAKONODAJA

Ustava Republike Slovenije

Zakon o dostopu do informacij javnega značaja

Zakon o informacijskem pooblaščenju

Zakon o splošnem upravnem postopku

Uredba o posredovanju in ponovni uporabi informacij javnega značaja

→ ZANIMIVE POVEZAVE

Informacijski pooblaščenec

Ministrstvo za javno upravo

Državni portal E-uprava

Vlada Republike Slovenije

Državni zbor RS

→ PRIJAVA ZA ORGANIZACIJE

Uporabniško ime:

Geslo:

→ AKTUALNO

Centralni katalog informacij (20.07.06)

Informacij L...)

[več novic](#)

→ ZAKONODAJA

Ustava Republike Slovenije

Zakon o dostopu do informacij javnega značaja

Zakon o informacijskem pooblaščenju

Zakon o splošnem upravnem postopku

Uredba o posredovanju in ponovni uporabi informacij javnega značaja

→ ZAKONODAJA

Ustava Republike Slovenije

Zakon o dostopu do informacij javnega značaja

Zakon o informacijskem pooblaščenju

Zakon o splošnem upravnem postopku

Uredba o posredovanju in ponovni uporabi informacij javnega značaja

→ ZANIMIVE POVEZAVE

Informacijski pooblaščenec

Ministrstvo za javno upravo

Državni portal E-uprava

Vlada Republike Slovenije

Državni zbor RS

Copyright Zasebnost. Pravne informacije Avtorji

www.ckijz.gov.si



General principles of PSI Re – use in Slovenia

- The APIA provides for the transparency of the conditions for re-use. Re – use is open to all applicants at the same price and under the same conditions.
- PSI holders in Slovenia are obliged in advance to publish on their websites all conditions of re-use, information on pricing and charging policy, as well as the cost calculation method according to which they will consider special requests (Art. 36 APIA, Para 2).





General principles of PSI Re – use in Slovenia

1. Non discrimination (Article 36a of APIA),
2. Prohibition of exclusive arrangements,
3. The number of applicants to which a body grants the right to re-use *is not limited*
4. The price for re-use of PSI shall be non-discriminatory for comparable categories of re -use





Charging policy

Slovenia has adopted a unique pricing and charging policy in the sense that the charging of re-use is determined according to the intended purpose of the re-user:

1. Re-use for **non-commercial** purposes (free of charge)
2. Re-use for **commercial** purposes:
 - **chargeable**
 - **non-chargeable**



In case of charging the re-use: the body needs to issue a written decision.





Re – use of PSI in Slovenia – price

Price for the re-use (Art. 34a)

- The public body can (*not obligatory!!*) charge for the re-use of PSI
 - for commercial purposes,
 - except in case of re-use for the purpose of providing information, ensuring the freedom of expression, culture, art and media's re-use of information.
- The price may not exceed the costs of collecting, producing, reproducing, and disseminating, together with a reasonable return on investment





The main principles on pricing and charging

- 1) All forms of re-use for non-commercial purposes = FREE OF CHARGE
 - 2) Certain forms of re-use for commercial purposes are also FREE OF CHARGE
 - (re-use for the purpose of providing information, ensuring freedom of expression, culture, art and media's re-use of information...)
 - 3) Charging re-use for commercial purposes:
 - is OPTIONAL (The body *may* charge for the re-use...)
 - UPPER LIMIT = cost of collection, production, reproduction and dissemination
-





The main principles on pricing and charging

- Article 34 of the APIA: *“The body does not charge for the re-use of information if it transmits the same information to the internet free of charge.”*





How to re – use the information? – the procedure

There is a three stage legal process (the procedure is governed by the APIA and general administrative procedure act):

- ✿ 1. stage (I. level liable public body)
 - ✿ 2. stage (appellate body – the Information Commissioner)
 - ✿ 3. stage (Administrative dispute before the Administrative Court)
-





The Procedure

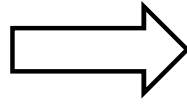


- **No need for legal interest for applicants, free access principle**
- **Applicant - The right to access and re - use**
 - **Public bodies:**
 - obligation to ensure the decision in 20 working days
 - burden of proof for the exemptions is on the public body



The procedure

- If the public body, charges for the re-use or (in accordance with the APIA) states other conditions, it issues a written decision.



The right to appeal to IC



When and where to appeal?

- **The right to appeal to Information Commissioner:**
 - Against the decision by which the body has refused the request for re - use,
 - When the information received is not in the form requested,
 - Against the charging of re –use.
- The appeal process is free of charge (no administrative tax).





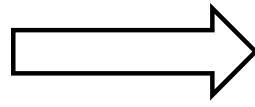
The Information Commissioner

- Independent state body, the commissioner is appointed by the parliament on the proposal of the president of the republic
 - great legal competencies (very much needed!)
Issues binding decision, not just recommendations
has a power to enforce its decisions (penalty for responsible person, not for the public body!)
is entitled to inspect any document relating to a case in the procedure (including classified data, tax secrets, trade secrets,..)
-

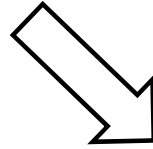




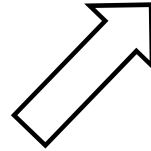
**Is there a centralised public body,
responsible for re – use of PSI?**



NO



**Ministry of internal affairs
and public
administration**



Information Commissioner





Ministry of public administration

TASKS OF THE MINISTRY (Art. 32 APIA):

- **promotional and developmental** tasks, in particular:
 1. *Informing* the public about the means and conditions for access and re - use of public information
 2. Providing *counseling* to other bodies in relation to the application of the provisions of this Act
 3. Other promotional and developmental tasks
 4. *Inspection and supervision* over the implementation of this Act





Re – use of PSI in Slovenia - examples

The public sector too, can re-use its own information for non commercial or commercial purposes (and charge it to users).

In this case, though, when using the documents as entry data for its business purposes outside the field of public functions, the same prices and conditions must be applied both for the public body itself as well as for other parties on the re-use market

- Practical examples of PSI re – use by public bodies and private reusers:
-



Firefox Slovenian Environment Agency +

www.arsso.gov.si/en/ 8 - agencija za okolje

Slovensko
Government sites
About the agency

Government sites
this site
all ARSO sites

REPUBLIC OF SLOVENIA
MINISTRY OF AGRICULTURE AND ENVIRONMENT
SLOVENIAN ENVIRONMENT AGENCY

AIR WATER ENVIRONMENTAL PROTECTION NATURE CLIMATE CHANGE WEATHER SEISMOLOGY

▶ ARSO

PORTALS

- Environmental atlas of Slovenia
- Eionet in Slovenia
- Environmental indicators in Slovenia
- Catalogue of Data Sources on the Environment
- SOKOL - Eco-pics gallery
- Weather portal

TABS

- ▶ stik@arsso.gov.si

Slovenian Environment Agency


Slovenian Environment Agency performs expert, analytical, regulatory and administrative tasks related to the environment at the national level. Our primary objective is to become a leading, effective and trustworthy environmental institution, capable of disseminating knowledge to other related institutions around the world.

The Environment Agency is a body of the Ministry of the Environment and Spatial Planning. Its mission is to monitor, analyse and forecast natural phenomena and processes in the environment, and to reduce natural threats to people and property. The following tasks are performed by the national services for meteorology, hydrology and seismology:

- preserving natural resources, biodiversity and sustainable development;
- observing, analysing and forecasting natural phenomena and processes in the environment;
- reducing impact of natural hazards;
- ensuring legal protection and professional assistance to participants in environmental encroachment procedures;
- aiding change of national and personal values system in relation to the environment as well as influencing the value criteria for environmental encroachments;
- ensuring high-quality environmental data for all target groups;
- raising the awareness of people and institutions about the environment and environmental issues.

ISO 9001
9-629

SL 10:35



4AJPS

JAVNE STORITVE

BONITETNA AGENCIJA

EVROPSKE POVEZAVE

Home | About AJPES | Telephone/Help | Site map | Terms of use

LOGIN

User name:

Password:

save password

[Forgotten password](#)

[New user](#)

REGISTERS

ANNUAL REPORTS

CREDIT RATING

Welcome to the AJPES web site.

AJPES (Agency of the Republic of Slovenia for Public Legal Records and Related Services) was established in July 2002.

AJPES performs various statistical tasks and tasks related to the provision of information such as: collection, processing and communication of data from annual reports prepared by business entities, collection and processing of financial account statistics, publication of annual reports returned by companies and sole proprietors via the AJPES web portal. AJPES also carries out different kinds of statistical research (e.g. on the revenues and expenses of legal entities, payments for investments made by legal entities, their salaries and overdue unsettled liabilities, etc.). In addition to that, AJPES also manages various registers and data records: the Slovenian Business Register, the Register of Non-Possessory Liens and Seized Movable Property. AJPES also collates information regarding the credit standing of individual legal entities operating in Slovenia, Croatia, Macedonia and Serbia. In addition to that, it performs, at least once per month, the multilateral set-off of liabilities and receivables between legal entities which declare their liabilities for set-off.

We recommend

iPRS

Slovenian Business Register online.

Public tasks, the access is free

JOLP

Annual reports online.

Public tasks, the access is free

eS.BON

Credit rating online.
Information on financial standing for slovenian companies.

Re use of PSI, the access is not free

FI-P0

Internet toolkit for financial analyses.
Collection of the most important data and ratios from the financial statements of slovenian companies.

Re use of PSI, the access is not free



RE – USE of PSI by private company, the access to credit reports is not free

Decide with Confidence

SECURE YOUR OWN SAFETY

GLOBAL RISK CHECK

It is good to trust. But to check is even better. We can give you access to business risk reports on over 140 million companies globally.

Can anybody else in Slovenia do that for you?

FREE SERVICES

- Check the D-U-N-S® number (the unique D&B global identification number) of your business - does not work for companies outside our territory
- Court sessions - free
- Bankruptcy crawler - free
- Last month bankruptcies - free
- Bank accounts - free

RATING OF THE WEEK Best rated companies

GEN-I, d.o.o. last week


last five weeks

Rating tedna

DVAJSETLETNICA

naš *i* je dopolnil dvajset let!

PRIJAZNA BONITETNA HIŠA



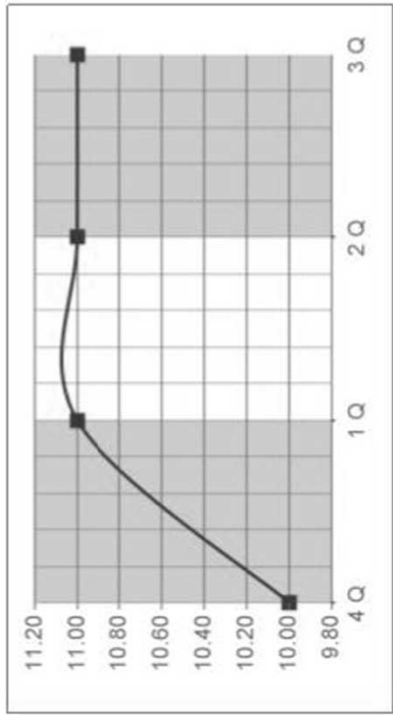
User name

Password


remember me

No Password? Please send an email or call: +386 1 234 29 40

PAYMENT DELAYS BY INDUSTRY BUSINESS AND OTHER MANAGEMENT CONSULTAN ACTIVITIES



RE – USE of
PSI by
private
company,
the access
to credit
reports is
not free



[Products](#) | [About Company](#) | [Naročilnica](#) | [Help](#) | [Contact](#)

Username:

Password:


LOGIN →

[Add icon Bonitete.Si](#)

For more information contacts us
+386 (0)1 620 27 01.

Kako tvegan je vaš partner iz Nemčije?

Nemški analitiki za drugo leto napovedujejo **10% povečanje** stečajnih postopkov v Nemčiji. Ne tvegajte. Vaše terjatve morda ne bodo poplačane.



Naročite boniteto vašega nemškega partnerja **on-line**.
Cena poročila je le **40 eur + DDV**. Prejmete ga v nekaj **minutah na vaš e-poštni naslov**.

NOVO

Vnesite ime podjetja

IŠČI ▶

Za dodatne informacije pokličite na 01 620 2 701 ali pišite na info@bonitete.si.

FinBon ili

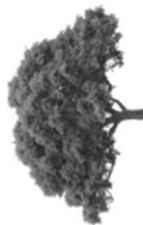
Analiza poslovanja in finančno poročilo v 5 minutah!

Bonitete.si smo obogatili z dodatnim modulom - finančnim orodjem FinBon.

Kaj je FinBon?
FinBon je program za finančno analizo podjetij in vam omogoča:

1. **Analizo poslovanja lastnega podjetja** (npr. donosnost na investirani kapital, spremljanje denarnega toka...) Analizo naredite na podlagi vaših tekočih podatkov, ki jih enostavno prenesete iz glavne knjige.
2. **Analizo poslovanja konkurentov in vaših poslovnih partnerjev**. Podatke z enim klikom uvozite iz Bonitete.si.
3. **Hitro izdelavo finančnih poročil**, ki so že pripravljena za poročanje vodstvu v Wordu oz. Power Pointu.

več >>




CreditCheck ✓

Bodo vaši partnerji preživeli finančno krizo?

Ugotovite s Credit Checkom, kateri posel bo ogrožen.

več ▶▶



JAVNIRAZPISI.COM
Ujemi nov posel!

Za dodatne informacije in naročila smo vam na voljo na 01 62 02 849.



The future: proactive transparency and open data

Proactive also means less work for reactive (example: IC office)

The collage displays several screenshots from the official website of the Information Commissioner of the Republic of Slovenia. The top row shows a 'Novosti' (News) section with articles and photos of staff members. Below this are several data tables, including one titled 'Prejeto in oddano prošnje za dostop do informacij' (Received and submitted requests for access to information), which lists request numbers, dates, and statuses. Other screenshots show detailed views of individual requests and a grid of small images representing different areas of public interest.



e - budget

124 VARUH ČLOVEKOVIH PRAVIC	2.338.011
1214 Varuh človekovih pravic	2.338.011
01 POLITIČNI SISTEM	2.338.011
0101 Politični sistemi	2.338.011
01011203 Varovanje človekovih pravic in temeljnih svoboščin	2.134.189
01011206 Izvajanje Opcijskega protokola	128.822
01011207 Urad zagovornikov otrok	75.000
125 INFORMACIJSKI POOBLAŠČENEC	1.448.400
1215 Informacijski pooblaščenec	1.448.400
01 POLITIČNI SISTEM	1.448.400
0101 Politični sistem	1.448.400
01011205 Dostop do informacij javnega značaja	1.448.400
126 SVET REPUBLIKE SLOVENIJE ZA VISOKO ŠOLSTVO	3.315.067
1216 Svet Republike Slovenije za visoko šolstvo	3.315.067
19 IZOBRAŽEVANJE	3.315.067
1901 Urejanje izobraževalnega sistema	618.954
19011201 Urejanje izobraževalnega sistema	618.954
1904 Terciarno izobraževanje	2.696.113
19041201 Visokošolsko izobraževanje	2.696.113
131 USTAVNO SODIŠČE	5.017.007
1311 Ustavno sodišče	5.017.007
01 POLITIČNI SISTEM	5.017.007
0101 Politični sistem	5.017.007
01011301 Ustavno sodišče in njegovo delovanje	5.017.007
132 RAČUNSKO SODIŠČE	6.836.898
1312 Računsko sodišče	6.836.898
02 EKONOMSKA IN FISKALNA ADMINISTRACIJA	6.836.898
0203 Fiskalni nadzor	6.836.898
02031301 Dejavnost Računskega sodišča	6.836.898
134 DRŽAVNA REVIZIJSKA KOMISIJA	1.290.791



▼ MINISTRSTVO ZA NOTRANJE ZADEVE

- Zakoni in drugi akti Državnega zbora

Naslov predpisa ter EU predpisi, s katerimi se ta predpis usklajuje	Status	Predviden postopek, obravnave	Skrajni rok obravnave na Vladi	Skrajni rok sprejema
Resolucija o nacionalnem programu preprečevanja in zatiranja kriminalitete	Predložen v Vladi	Strajšani	2011-III	2011-IV
Zakon o detektivski dejavnosti	V podpisu na Vladi RS		2010-II	2010-IV
Zakon o organiziranosti in delu v policiji	V podpisu na Vladi RS		2011-II	2011-IV
Zakon o osebnih izkaznicah	Parafiran odposlan		2010-III	2010-IV
Zakon o prijavi prebivališča	V medresorsko ujedensko in usklajeno	Redni	2011-III	2012-I
Zakon o spremembah in dopolnitvah Zakona o društvih	V podpisu na Vladi RS		2010-IV	2011-II

MAPA PREDPISA: Program dela Vlade Predlog predpisa

Naslov: ZAKON O SPREMEMBAH IN DOPOLNITVAH ZAKONA O DRUŠTVIH - NOVO GRADIVO ŠT. 1

Predlog podal: MINISTRSTVO ZA NOTRANJE ZADEVE

EVA: 2010-1711-0018

Zadnji status: ZAKONI - načrtovani / evidenca, datum: 2009-11-30, sprejetje tega predpisa ni obvezno.

Ocena predloga: ★★★★★ predlog še ni ocenjen

▼ Arhiv predlogov

Naslov predloga: Zakon o spremembah in dopolnitvah Zakona o društvih

Predlog podal: SLUŽBA VLADE REPUBLIKE SLOVENIJE ZA LOKALNO SAMOUPRAVO IN REGIONALNO POLITIKO

Ocena predloga: ★★★★★ predlog še ni ocenjen

Naslov predloga: Sklep Vlade

Predlog podal: GENERALNI SEKRETARIAT VLADE REPUBLIKE SLOVENIJE

Ocena predloga: ★★★★★ predlog še ni ocenjen

Datoteke:

- DZSklepVlade_2011_03_03_14_23_36 (doc, 161 KB), 04.03.2011
- DZSklepVlade_2011_03_03_14_23_36-doc (pdf, 132 KB), 04.03.2011

predstavilke

- Želim vedeti več o demokratičnih procesih
- Pobudim informacijo
- Pogosta vprašanja in odgovori
- Naročanje na novice

Uporabne povezave

- Register predpisov Slovenije
- Informacijski sistem Vlade RS
- Zakonodaja v Državnem zboru
- Uradni list RS

Način ogleda strani

- Govorec Tolmač
- Slepi in slabovidni
- A - A - A
- Izbra velikost besedila

Pomoč e-uprave

Enotni kontaktni center državne uprave:

e-naslov: elic@gov.si, telefon: 080 2002 (od ponedeljka do nedelje od 7. do 22. ure)



Supervisor

-Online application for monitoring expenses of public bodies

The application indicates contracting parties, the largest recipients of funds, related legal entities, date and amount of transactions and also purpose of money transfers. It also enables presentation of data using graphs as well as printouts for specified periods of time.

<http://supervisor.kpk-rs.si/>





Seznam poslovnih subjektov, ki so poslovala z izbranim oraznamom (vseh zadetkov 14.078, skupen znesek plačil 1.314.398.554,23€)

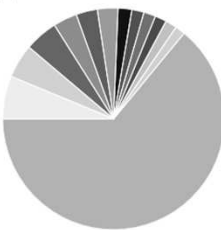
* oznake podjetje v posredni ali neposredni lasti proračunskega uporabnika

Podjetje	Skupen znesek (€)
ROTIS d.o.o.	82.157.529,52
SISTEMSKATEHNIKA d.o.o.	64.964.769,37
AREX d.o.o. Šentlana	63.716.181,95
PETROL d.d. Ljubljana	45.943.674,33
AVTOTEHNA d.d.	40.934.981,68
GRANIT d.d.	39.317.888,89
AC-SISTEMI d.o.o. Ljubljana	26.264.999,18
S&T Slovenija d.d.	23.317.066,15
TI - Troplehna d.o.o.	22.821.594,45
Autocommerce d.o.o.	22.175.324,54
TELEKOM SLOVENIJE d.d.	21.890.303,39
PIL 2 d.o.o. Grosuplje	19.202.147,75
Helikar Center d.o.o.	15.201.883,95
Fotona d.d.	12.253.241,02
EMI TRONIC d.o.o.	11.001.958,69
VTZ d.o.o.	10.506.221,26
MERCATOR d.d.	9.906.979,60
UNI&FORMA d.o.o.	9.880.703,95
ZAVROVALNICA TRIGLAV d.d.	9.784.328,41

Skrjaj podrobnosti o transakcijah nad 4.000 €

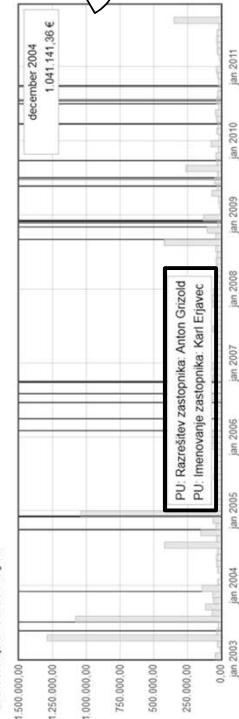
Prikazan namen ustreza namenu vnešenemu v plačilni nalog, ki ne ustreza nujno dejanskemu namenu. Če je v namenu povezava na javno naročilo, gre za prikaz naročila. Plačila so prikazana posebej.

Datum transakcije	Znesek (€)	Namen
17.1.2003	4.590,68	0578825 MATERIAL_NAKUP
18.4.2003	610.491,50	3320900 OPREMA_NAKUP IN GRAD_OS
30.4.2003	639.522,42	3338176 OPREMA_NAKUP IN GRAD_OS
10.7.2003	1.030.406,08	3517341 OPREMA_NAKUP IN GRAD_OS
7.8.2003	4.391,45	0648324 MATERIAL_NAKUP
27.8.2003	37.726,81	3611912 STORITVE
30.9.2003	86.993,58	3675417 OPREMA_NAKUP IN GRAD_OS
5.12.2003	8.349,80	0886846 MATERIAL_NAKUP
5.12.2003	21.966,45	0886845 MATERIAL_NAKUP
15.12.2003	36.246,19	0691745 MATERIAL_NAKUP
15.12.2003	36.246,19	vratio
17.12.2003	4.244,27	0693112 MATERIAL_NAKUP
27.1.2004	4.179,27	0704709 MATERIAL_NAKUP
23.6.2004	8.848,96	0747880 MATERIAL_NAKUP
16.7.2004	385.195,12	4411095 STORITVE
27.7.2004	4.536,90	0758140 STORITVE
3.9.2004	5.958,94	0770682 MATERIAL_NAKUP
30.9.2004	13.260,69	01777697 STORITVE



Graf transakcij

Obdobje: januar 2003 - november 2011
kveno sabojne lahko izberete na grafu.





Challenges and obstacles in practice:

- Re – use of personal data – allowed or not?
 - Is the procedure to get PSI and re – use it in Slovenia too complicated?
 - Ensure that the PSI, available for re – use, is also accessible and good quality
 - The initiative for re-use must be on the potential re-users – private sector - Is re-use in Slovenia recognized as a business opportunity?
 - Re-use is not only in the interest of private sector. – change the mentality in public sector
-





REPUBLIKA SLOVENIJA

Džavne ustanove

▼

Iščite po tej strani

▼

Najdi

Pristojnosti IP

|

O uradu

|

Zakonodaja

|

Pogosta vprašanja

|

Obrazci

|

Publikacije

Varstvo osebnih podatkov

Pravice posameznika

Provizice posameznika

Inspekcijski nadzor

Inspekcijski nadzor

Obveznosti upravljavcev

Obveznosti upravljavcev

Iskalnik po odločbah in mnenjih

Iskalnik po odločbah in mnenjih

Register zbirk

Register zbirk

Informacijske tehnologije in osebni podatki

Informacijske tehnologije in osebni podatki

Informacije javnega značaja

Dostop do informacij

Dostop do informacij

Dostop do informacij za medije

Dostop do informacij za medije

Pomovna uporaba

Pomovna uporaba

Iskalnik po odločbah

Iskalnik po odločbah

Katalog DJZ

Katalog DJZ

Test interesa javnosti

Test interesa javnosti

Aktualno

14.12.07 [Borznoposredniške hiše lahko pošiljajo ponudbe za nakup del...](#)

12.12.07 [Poblaščenec prejel srebno priznanje Nekeo 2007](#)

10.12.07 [10. december – Svetovni dan človekovih pravic](#)

14.11.07 [Zavajalčta sporočila glede uvedbe biometrijskih ukrepov](#)

12.11.07 [Odziv na navedbe v medijih »Informacijski poblaščenec pri ...](#)

▶ [Arhiv novic](#)

Najnovejši projekti IP

Zaravnanje osebnih podatkov

Schengen

Internet in mladi

Leno poročilo

Kdaj lahko informacijski poblaščenec pomaga?

Varstvo osebnih podatkov **Informacije javnega značaja**

- ko menite, da je nekdo nepravilčno posegel v osebne podatke,
- ko vam organ v 20-h delovnih dneh na vašo zahtevo ne odgovori na vaše vprašanje o določene podatke ne dovolj seznanite z vašimi osebnimi podatki,
- ko kot upravljavec obvezno potrebujete predhodno odločilo Poblaščenca za obdelavo osebnih podatkov (biometrija, iznos v tujino, povezovanje zbirk).

Novinarjem:

- ko vam organ v sedmih delovnih dneh ne odgovori na vaše vprašanje,
- ko prejmete zavrnili odgovor.

Prijava kršitev

E-novice **Pritožbe v obravnavi**

Prijavite se in prejemati boste nove odločbe in sporočila o novostih in aktivnostih s področja dela informacijskega poblaščenca

[Prijava](#)

Pritožbe v obravnavi

[Vrstni red reševanja pritožb \(24\)](#)

Thank you for your attention.

INFORMACIJSKI
POOBLAŠČENEC



REPUBLIKA SLOVENIJA

INFORMACIJSKI
POOBLAŠČENEC



INFORMACIJSKI
POOBLAŠČENEC



TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
SLOVENSKO

How Open Data Transformed Slovakia

May 2013
Gabriel Šípoš

Three case studies

- **Public procurement** – helping state
with analytical capacity
- **State contracting** – watching wasteful
state
- **Judiciary** – watching the rule of law



Podrobné vydanie

Všetky vydania

Vyhľadávanie

Informácie úradu

Redakčné opravy

Oznámenia o uverejnení
VZV

02557 - VZT

Vestník č. 65/2011 - 2.4.2011

oznámenie o výsledku verejného obstarávania
Formulár: Príloha č. 3 Podľa nariadenia Komisie (ES) č. 1564/2005

Druh zákazky: Tovary.

ODDIEL I: VEREJNÝ OBSTARÁVATEĽ

I.1) NÁZOV, ADRESY A KONTAKTNÉ MIESTO (MIESTA)

Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky

(ČO: 00166073)

Župné nám. 13, 813 11 Bratislava-Staré Mesto

Slovenská republika

Kontaktné miesto (miesta): Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky, Župné námestie 13, 813 11 Bratislava 1.

Kontaktná osoba: Ing. Ružena Majchráková

Telefón: +421 25923215

Fax: +421 25923215

E-mailová adresa: ruzena.majchrakova@justice.sk

Adresa hlavnej stránky verejného obstarávateľa (URL) (ak je to uplatniteľné): <http://www.justice.gov.sk>

I.2) DRUH VEREJNEHO OBSTARÁVATEĽA A HLAVNÝ PREDMET ALBO PREDMETY ČINNOSTI

Druh verejného obstarávateľa: Ministerstvo alebo iný štátny orgán vrátane jeho regionálnych alebo miestnych útvarov

Hlavný predmet alebo predmety činnosti:

Všeobecná štátna správa

Verejný obstarávateľ nakupuje pre iných verejných obstarávateľov: Áno.

ODDIEL II: PREDMET ZMLUVY

II.1) Opis

II.1.1) Názov prídelený zákazke

Nákup výpočtovej techniky.

II.1.2) Druh zákazky a miesto uskutočňovania prác, dodania tovarov alebo poskytovania služieb

b) Dodávky tovarov.

Kúpa.

Hlavné miesto alebo lokalita dodania tovarov:

Organizácie v zriaďovateľskej pôsobnosti Ministerstva spravodlivosti Slovenskej republiky.

Kód NUTS

SKO.

II.1.4) Stručný opis zákazky alebo nákupu (nákupov)

Nákup výpočtovej techniky, zariadení a spotrebného materiálu pre potreby okresných súdov

a krajských súdov.

II.1.5) Hlavný predmet obstarávania (CPV)

Hlavný predmet:

Hlavný slovník: 302300000-1.

Doplňkový slovník: JA01-1.

Áno.

II.1.6) Na zákazku sa vzťahuje dohoda o vládnom obstarávaní (GPA)

Áno.

II.2) CELKOVÁ KONEČNÁ HODNOTA ZÁKAZKY (ZÁKAZIEK)

II.2.1) Celková konečná hodnota zákazky (zákaziek)

Hodnota: 252704,5300 EUR

Bez DPH.

ODDIEL IV: KONANIE

IV.1) DRUH KONANIA

IV.2) KRITÉRIÁ NA VYHODNOTENIE PONUK

IV.2.1) Kritériá na vyhodnotenie ponúk

Najnižšia cena.

IV.2.2) Využitá sa elektronická aukcia

Nie.

IV.3) ADMINISTRATÍVNE INFORMÁCIE

IV.3.1) Referenčné číslo spisu pridelené verejným obstarávateľom

18098/2011/45/17652

IV.3.2) Predchádzajúce uverejnenie oznámenia týkajúceho sa tejto zákazky

Áno.

Official procurement data



ÚRAD PRE
VEREJNÉ OBSTARÁVANIE

Vestník
verejného obstarávania

[Aktuálne vydanie](#)

[Ostatných 5 vydání](#)

[Všetky vydania](#)

[Vyhľadávanie vestníka](#)

[Vyhľadávanie oznámenia](#)

[Informácie úradu](#)

[Redakčné opravy](#)

[Oznámenia o uverejnení
výzvy](#)

Vyhľadané oznámenia

1534 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 40/2010 [Zverejnené: 2.3.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

1528 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 40/2010 [Zverejnené: 2.3.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

1297 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 32/2010 [Zverejnené: 18.2.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

1298 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 32/2010 [Zverejnené: 18.2.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

985 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 24/2010 [Zverejnené: 6.2.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

898 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 23/2010 [Zverejnené: 5.2.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

468 - VZT [Ministerstvo spravodlivosti Slovenskej republiky](#)
VVO 12/2010 [Zverejnené: 21.1.2010](#) Oznámenia o výsledku verejného obstarávania

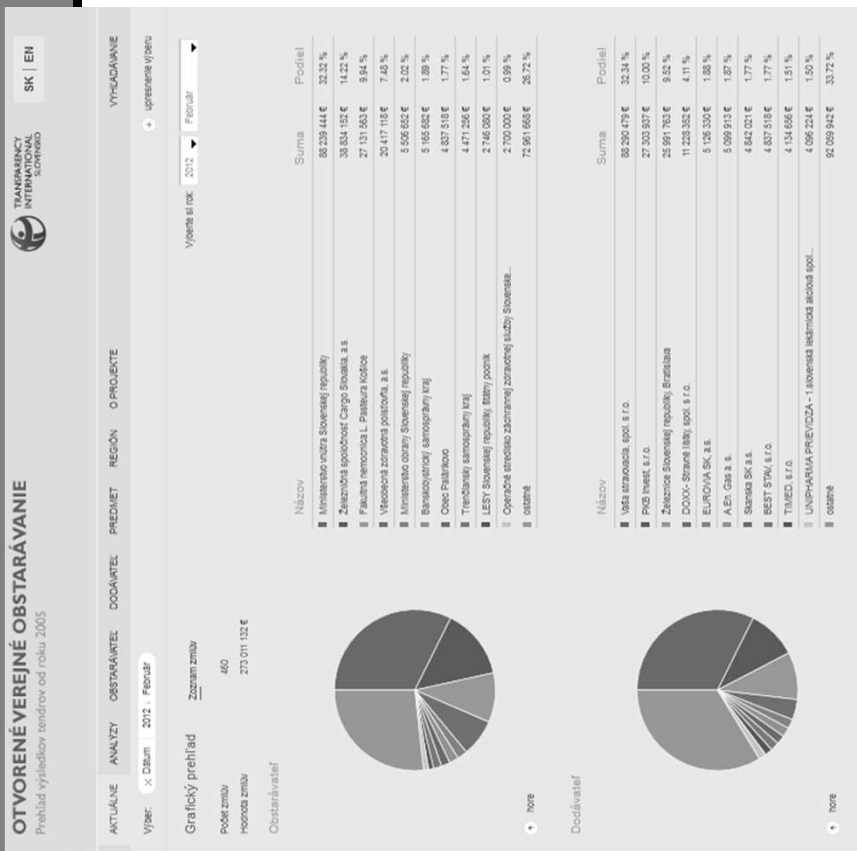
◀ 1 2 3 ▶ (30)

Kritériá



TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
SLOVENSKO

Open data tender.sme.sk



Research based on new portal - 2009

- **65%** - share of state procurement awarded to single offer bids
- **2.2** – average number of firms competing in state PP
- **1.5%**– share of tenders using electronic auction

Research based on new portal - 2012

- **47%** - share of state procurement volume awarded to single offer bids (down from 65%)
- **3.5** – average number of firms competing in state PP (up from 2.2)
- **41%** – share of tenders using electronic auction (up from 1.5%)



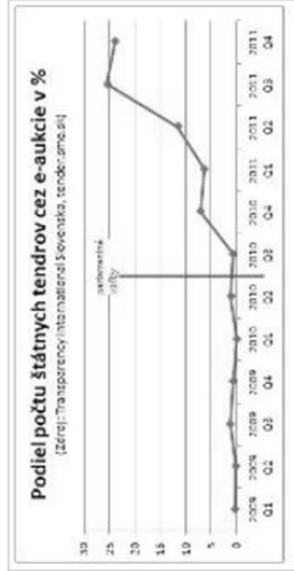
TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
SLOVENSKO

Impact of electronic auctions



Transparency International Slovensko

Na stredu chystáme vydat' štúdiu, ktorá hodnotí zmeny v kvalite zadávania štátnych zákaziek za posledné dva roky. Tu je ako ochutnávka jeden z grafov.



Like · Comment · January 22 at 11:46am ·

Filip Horvath, Štefan Hocko, Gabriela Bischofová and 83 others like this.

View all 15 comments

27 shares



Lukáš Milan Ok. Dik za odpoved. Vcelku sa to da pochopit, aj ked si myslim ze nejaky modus vivendi pre porovnanie by sa mohol najst, hoci zrejme velmi pracny :-))))

January 23 at 11:47am



Marek Dzurak Zaujímavý článok na danú problematiku môžeme nájsť v týždenníku TREND č49 z 8.12. 2011 str 69-77

January 23 at 12:59pm



Impact of electronic auctions

ETREND

DNES PORADŇA PREDPLATNÉ KONFERENCIA INZERCA

BLOG FRANTIŠEK MÚČKA [SPÄŤ NA HLAVNÚ STRÁNKU](#)

Zrážka Dzurindu s vyššou matematikou

Prečo mákké srdce nie je namieste

7.2.2012 / Blogy / Fero Múčka

Ktorá vláda bola najmenej skorumpovaná v postkommunistickej histórii Slovenska?

No táto.

Ktojej strany to bola najväčšia zásluha?

No SDKÚ-DS.

Mala vo vláde najviac ľudí a jej ministri a poslanci prišli s množstvom protikorupčných návrhov, z ktorých sa stali zákony. Výsledkom je verejný centrálny register zmlúv či napríklad aj toto:

- RSS
- Veľkofs textu
- Poslať e-mailom
- Vytlačiť
- Diskusia (19 reakcií)

FRANTIŠEK MÚČKA



O blogu
Zástupca
šéfredaktora
TRENDU.

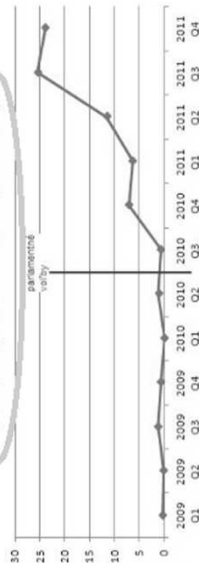
Počet článkov: 47
Priemerná dĺžka: 9941
Priemerná diskutovanosť: 12,2
[RSS blogu](#)

4 Február 2012

P	U	S	S	P	S	N
		1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29				

Podiel počtu štátnych tendrov na aukcie v %

(zdroj: Transparency International Slovensko, tender.zme.sk)



Impact of electronic auctions



A čo ste robili doteraz? To je častá otázka, keď predstavujeme volebný program SDKÚ-DS a jeho priority - 4x4 riešenia. Áno, mať výsledky je rovnako dôležité, ako hľadať nové riešenia.

Aktuálna analýza Transparency International Slovensko ukazuje, že v oblasti verejného obstarávania dosiahla

súčasná vláda povzbudzujúce úspory.

V roku 2011 firmy o štátne zákazky súťažili viac a štát vďaka tomu dosiahol vyššie úspory ako v minulosti. Zvýšili sa aj priemerný počet uchádzačov v súťažiach. Priemerná úspora oproti predpokladanej cene dosiahla minulý rok **14 percent oproti piatim percentám v roku 2009.**

"Vysoká účasť spoločnosti v tendroch pozitívne vplyva na kvalitu a výhodnosť ponúk. Slovensko tak za dva roky stiahlo na polovicu zaoštvávanie oproti krajinám EÚ, kde o priemerný tender súťaží päť dodávateľov," konštatuje Transparency International Slovensko.



facebook

SDKÚ-DS on Facebook

14,680 people like SDKÚ-DS.

Marek Tomáš Miroslav

Facebook social plugin

twitter

SDKÚ-DS sskuds

skkuds: Kto? #volby sskuds-4s.sk/volby/news/vie... 3 hours ago · reply · retweet · favorite

skkuds: Has pre SDKÚ-DS neskončí vo Ficovej vláde #volby sskuds-4s.sk/volby/news/vie... 21 hours ago · reply · retweet · favorite

Join the conversation

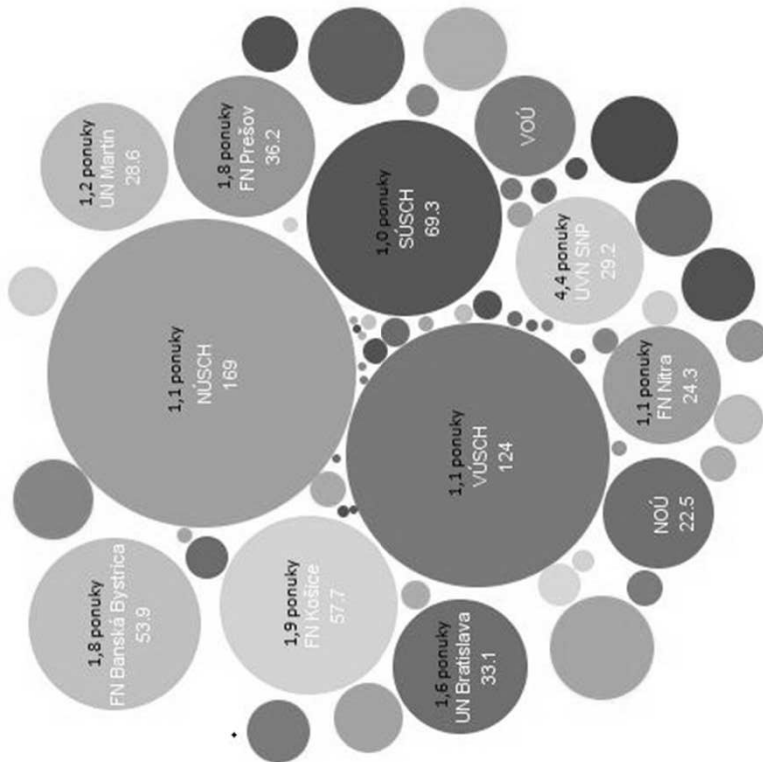
STRETNIME SA

05. marec 2012

Trenčín: talkshow Eleny Vacvalovej s politikmi -


Tenders in Slovak hospitals

Nemocnice, ktoré v rokoch 2009-12 najviac obstarávali, obstaraný objem v mil. EUR a priemerný počet ponúk v ich tendroch



Zdroj: tender.sme.sk, prepočty Transparency International Slovensko a INEKO

Open Contracting crz.gov.sk



[Home](#)
[Contact](#)

Total published 391078 contracts

Supplier:
 Name of contract:
 Suppliers CID:
 Price in € with VAT from: to:

Department:
 Owner:
 Contract number:
 Owners CID:

Central register of contracts

All amounts in tables are presented in euros with VAT.

Published	Title of contract / No. contract	Price with VAT	Supplier	Customer
18. Máj 2013	Zmluva o poskytovani verejnych sluzieb 9900653919	27,00 €	Slovak Telecom a.s.	Základná škola s materskou školou pri zdravotníckom zariadení, Bardejov
18. Máj 2013	Dodatok k zmluve o poskytovani verejnych sluzieb 1/2013	16,00 €	Slovak Telecom a.s.	Základná škola s materskou školou pri zdravotníckom zariadení, Bardejov
18. Máj 2013	Dodatok k zmluve o zabezpečení vzdelávania 299/2013/801	350,00 €	Zdena Vrbíčanová	Štátny pedagogický ústav
18. Máj 2013	Dodatok k zmluve o zabezpečení vzdelávania 298/2013/801	350,00 €	Natália Švihurová	Štátny pedagogický ústav
18. Máj 2013	Dodatok k zmluve o zabezpečení vzdelávania 297/2013/801	350,00 €	Vladimír Kolumber	Štátny pedagogický ústav
18. Máj 2013	Dodatok k zmluve o zabezpečení vzdelávania 296/2013/801	350,00 €	Jevgenija Achejevová	Štátny pedagogický ústav

Open Contracting otvorenezmluvy.sk

Otvorené zmluvy | Späť na výberovanie | Vyhľadaj otvorené zmluvy | O procese | FAQ | RSS | Ako mávať pomôcku | Príloha 33 | Príloha 34 | Registrácia

— Späť na výberovanie

DOHODA číslo: 255 - 001/Š51/2013/ŠR o zabezpečení podmienok vykonávania absolventskej praxe absolventa školy

Názov DOHODA číslo: 255 - 001/Š51/2013/ŠR o zabezpečení podmienok vykonávania absolventskej praxe absolventa školy
Riziká Ministerstvo práce, sociálnych vecí a rodiny SR
Objedávateľ Úrad práce sociálnych vecí a rodiny Nové Zámky
Dodávateľ Michal Majoroš (vek nezahráť)

Cena 0 €

Datum zverejnenia 15.04.2013

Datum účinnosti 16.04.2013

Datum platnosti do nezáhráť

Povinný dokument Odkaz na povinný dokument

Súvisiace dokumenty Na pridanie súvisiaceho dokumentu musíte byť prihlásení.

Hľadieť v dokumente

Ohodnotte túto zmluvu

Definuje dokument vo svojej zverejnenej podobe jasne, čo je jeho predmetom (a čo práve sa platí)?

áno
 nie celkom
 nie

Je známe, koľko presne bude stať celý záber?

áno
 nie
 nie celkom
 nie

Ái požiadate oplat, ktoré sa dokument týka - záš sa vám cena prerozdelať?

áno
 nie
 nie celkom
 nie

Vidíte v dokumente iný záberový problém? (Ak áno, opíšte ho pár slovami)

áno
 nie

Sa v dokumente výčernne podrobne opíše?

áno
 nie

266001612013.06 - 214.34.18

DOHODA číslo: 255 - 001/Š51/2013/ŠR

o zabezpečení podmienok vykonávania absolventskej praxe absolventa školy, vetaľba v evidencii uchádzačov o zamestnanie

ustavený podľa ustanovenia § 51, odsek 9) zákona Národnej rady Slovenskej republiky č. 5/2004 Z. z. o slobodných zamestnanosti a o zrušení dočasných nariadení v znení neskorších predpisov, vyhlásky Ministerstva práce, sociálnych vecí a rodiny Slovenskej republiky č. 44/2004 Z. z. v znení neskorších predpisov a Občianskeho zákonníka č. 40/1964 Zb. v znení neskorších predpisov (ďalej len „zákony“)

Článok I.

Účastníci dohody

Úrad práce, sociálnych vecí a rodiny Nové Zámky

Súľo: F. Kapuzierňho 1, 940 36 Nové Zámky

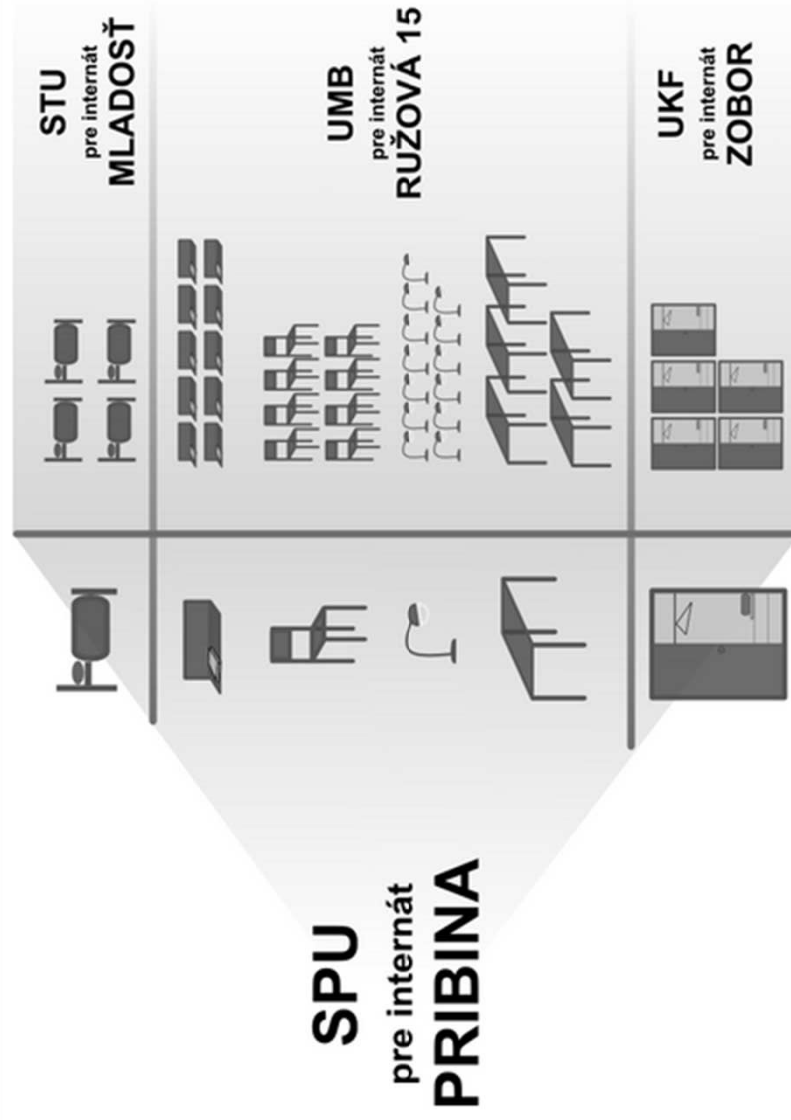
zastúpený riaditeľom: Ing. Hlana Boháčová, PhD.

IČO: 37961187

(ďalej len „úrad“)

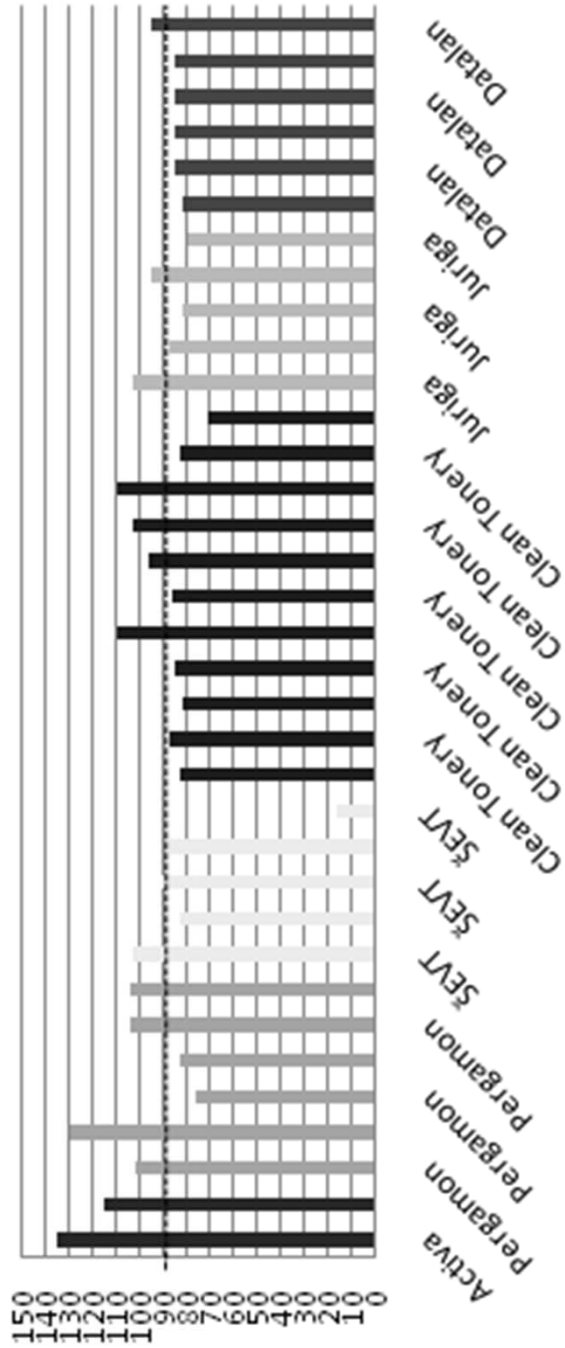
3

Our research – student housing



Our research – printer toners

Toner suppliers by price
(1 € = Q5949X orig.)



Media increase the pressure

SME.sk

Správy · Regiony · Služby · Nakupujte

Hľadaj

Vyhľadajte

Čaplovičov tajomník sa vozil v predraženej limuzíne od Malchárka

BRATISLAVA

Čaplovičov tajomník sa vozil v predraženej limuzíne od Malchárka



Sporité auto pre úradníka. Foto: ARCHIV SME - TOMÁŠ BRADOVIC

Minister Dušan Čaplovič odkázal, že o prenájmoch auta doteraz nevedel. BRATISLAVA. Limuzínu Audi A6 zhruba za triaše eur mesačne si prenajal ministerstvo školstva v čase, keď Zérenston Čaplovičov vystupoval, že nemá peniaze na platy učteb. Zmluvu uzavrel s firmou administráta hospodárskeho zväzku Malchárka, ktorý je jedným z hlavných akcionárov kauzy Gonia.

„Auto prenájomame z dôvodu výrazného vysokého spotrebovaných vozidiel a prevažne nepodporovaných vozidiel“, vysvetľoval vo štvrtok Čaplovičov hovorca Michal Kalinka s tým, že ide o občasnú nečinnosť. Čekajú na prípravu centrálneho postupujúca vozidla pre štátne inštitúcie.

Prednostná jazda agenta

„Občasnú nečinnosť“ ministerstvo vybavilo cez zmluvu s firmou Audi Centrum Bratislava z októbra minulého roka. Najväčší boje na tri mesiace, v polovici januára prevážom predšl do apríla. V audi, ktoré má za prívoným skom od polície povolenku na prednostnú jazdu, sa vozil štátny tajomník Štefan Chudoba. Ten sídli za sociálnym pracovni v automobilovom priemysle a bol zároveň agentom štátnej bezpečnosti. Po nežnej revolúcii, proti ktorej vystupoval, šiel vo firmu Škoda Auto.

Prenajatú limuzínu po júlom podľa stanoviska ministerstva z výdaje používal aj vedúci služobného úradu Ivan Stanovský a ďalší ľudia z kancelárie ministra a protokolou. Využívanie Malchárových služieb je podľa Kalinka v poriadku. „Páči sa je od oficiálneho zástupcu automobilov na Slovensku.“

Audi A6

Požičaný luxus

- smutná zpráva 2010 má piasť do apríla 2013.
- miniprekladateľ postie najvyšších vládnych predstaviteľov
- v novembri to bolo 3282 eur v decembri 3058 v januári 2749

MAJŠTANĚŠIE

1. Kaučák: Čestná žena je kandidátkou na generálneho prokurátora 6 351
2. Ministerstvo zahraničia by malo pre diplomaziové potreby získať nové vozidlá
3. Opa so štrkom po štrkovej vlnovici cestovni, museli ísť do Vlnovej/štrku 1 932
4. Kaučákovi rebrat objektivni politikom tréni za saamer mládež eur 1 847
5. Československou Miss Roma sa stala Rozáldana 201
6. Vlnová postie v zahraničí je v prispeleni robata, tvrdí Kaučák 1 188
7. Enologička Ema Durbová: Som rada, keď vlná spozná vlnu od 1 112
8. Žiga: Vlna je prívrat na vlnáro vlných rokoobdobných profektov 1 051
9. Vlnová postie v zahraničí je v prispeleni robata, tvrdí Kaučák 1 188
10. Eubozarivo štrkovatí príznanie, mezozi nmi 1 000

tláčové

1. Nekompromisný záverečný šport v bývalej „Cremone“
2. Najväčší „Jabotlap“ v alom
3. Čiastka bodat sa novom 1 871

- TITULKA
- SPRAVODAJSTVO
- REGIÓNY
- ZAJANČIE
- KOMENTÁRE
- EKONOMIKA
- KULTÚRA
- ŠPORT
- TV, SME.SK
- DEŇNÍK
- PREDPLATNÉ
- Nový TV program
- Hej zadarmo
- Kurzár
- Auto
- Tuach a veda
- Prislaž
- Horozozy
- Restaurácie
- Zlavy
- Reality
- Darčárky
- Vino
- Ekaktro
- Parfémny
- Podstatie
- Hodnoty
- Hosting
- Práca
- Webstrán
- DVD
- SME v Slovk

O mŕtvom chrobáčkovi Čaplovičovi a trápnom papalášime pále Tomáš Galla

Čítajte komentár (2000) >>

Prísť tu všetky komentáre nielen na sme.sk za 8,90 Eur mesačne. [Kúpiť teraz](#)



TRANSPARENCY INTERNATIONAL SLOVENSKO

Public is interested

- **8% or 400 000** – people checked on at least one contract or invoice within a year of new law
- **4%** – used right to information request so far, during 11 years of its existence
- **800 / 400** – daily visits to online contracting site


Key open data problems

- **Errors in data** – lack of responsibility for data
- **Privacy concerns** – excuse not to publish procurement documentation
- **Exemptions** – local governments publish contracts and invoices on their own websites

Slovak judiciary challenges

- **Distrust** – 2/3 citizens do not trust courts
- **Lack of accountability**– „one should not criticized judges’ verdicts“
- **Lack of performance indicators**
 - it remains difficult for public to see a good judge from a bad one

Judiciary verdicts online



**Ministerstvo spravodlivosti
Slovenskej republiky**

[Všetky stránky](#) |
 [Všetky typy rozhodnutí](#) |
 [KSP](#) |
 [Slovensky](#)

[Ministerstvo](#) |
 [Súdy a rozhodnutia](#) |
 [§ Právne predpisy](#) |
 [Registre](#) |
 [Naše služby](#)

Úvodná stránka | Súdne rozhodnutia | Vyhľadanie rozhodnutí

Súdne rozhodnutia

VYHLADÁVANIE V SÚDNYCH ROZHODNUTIÁCH

RADY A TIPY

VYSVETLIVKY

PRÁVNA ÚPRAVA

KONTAKT

POČET ZVEREJNENÝCH SÚDNYCH ROZHODNUTÍ: 564849

Súdne rozhodnutia

Fulhaťovské vyhládavanie:

Dátum vydania rozhodnutia:

od: do:

Všetky súdy:

Spisová značka:

Identifikačné číslo súdneho spisu:

Forma rozhodnutia:

Povaha rozhodnutia:

Oblasť právnej úpravy:

Pevnosť ustanovenia:

Meno a priezvisko sudcu alebo súdneho úradníka (údaje zadávajú s diakritikou):

Spis.znacka	Identifikačné číslo spisu	Meno a priezvisko sudcu, VSU	Súd	Dátum vydania rozhodnutia
1402/2013	4312010213	JUDr. Štefan Procházka	Okrasny súd Bratislava I	19.12.2013
2779/2013	1112010925	JUDr. Stanislav Čučer	Okrasny súd Bratislava I	18.12.2013
109/242/2013	4312144299	Mgr. Jana Komárniková	Okrasny súd Bratislava I	08.12.2013
17112/2013	2112010023	JUDr. Ladislav Pála	Okrasny súd Bratislava I	22.02.2013
47/59/2013	2112010220	JUDr. Miroslav Čížek	Okrasny súd Bratislava I	17.02.2013
24074/2013	2112010261	JUDr. Miroslav Čížek	Okrasny súd Bratislava I	17.02.2013
07112/2013	2112010217	JUDr. Miroslav Čížek	Okrasny súd Bratislava I	16.02.2013
07/57/2013	2112010270	JUDr. Miroslav Čížek	Okrasny súd Bratislava I	16.02.2013
399/48/2013	4312010374	JUDr. Eduard Maternič	Okrasny súd Bratislava I	16.02.2013
399/48/2013	4312010207	JUDr. Eduard Maternič	Okrasny súd Bratislava I	16.02.2013

AKTUÁLNA STRÁNKA: 1 |
 POČET ZAZNAMOV NA STRÁNKE: 10

Judiciary verdicts online

SME.sk

Správy • Regiony • Služby • Nakupujte

Sme.sk | Zámka | Slotu už mohli odsúdiť: Na väzenie, pokutu aj povinnú prácu

vyhledávání

Hľadať

DEKODUJTE VTLAČI | UPOZORNENIE NA CHYBY | Poštár: E-MAILOM | NA FACEBOOKU | XYBERALISME | ĎALŠE

TITULKA

SPRAVODAJSTVO

REGIÓNŤ

ZAHŤRANIE

KOMENTÁRE

EKONOMIKA

KULTÚRA

SPORT

TV.SME.SK

DEŤNIK

PREPLATNÉ

Nový TV program

Hry zadarmo

Korzář

Auto

Tech a veda

Primár

Horoskopy

Reštaurácie

Zlavy

Reality

Darčeky

Vino

Elektro

Parfémy

Poistenie

Ĥodinky

Ĥosting

Práca

Webdizajn

DVD

SME v škole

Slotu už mohli odsúdiť. Na väzenie, pokutu aj povinnú prácu



Optický vodičov súdria rýchlo, Ján Slotu však pustili domov.

Foto: ARCHÍVNE SME - VLADIMÍR ŠIMIČEK

Prokuratúra nechce povedať, prečo Ján Slotu hneď z cely nepostavili pred súd.

BRATISLAVA. Pokutu 250 eur a ročný zákaz šoférovania vymeral súd v Bratislave voči vodičovi, ktorý minulý týždeň policajtom odmietol skúšku na alkohol. Prípado v superpýchlom konaní uzavreli za dva dni.

V prípade bývalého šéfa SNS Jána Slotu, ktorý bol takmer rovnaký, taktó spravodlivosť nepostupovala.

Dôvody, prečo Slotu hneď z cely nepostavili pred súd, prokuratúra nechce povedať.

Nezastavil, museli ho zablokovať

Vybaavený je už aj prípad vodiča z Maďarska, ktorého zadržali v Bratislave v ten istý deň ako Slotu. Maďarovi namerali 3,58 promile.

„Odsúdený bol na trest vo výmere tri mesiace s podmieneným odkladom na dva roky,“ povedal hovorca súdu Pavol Adamčiak.

Slota v piatok neriešpektoval pokyny policajtov a zastavil, až keď mu zablokovali cestu.

V žiari nad Hronom pár dní predtým polícia zastavila optického šoféra až po varovnom výstrele a s pomocou „donucovacích prostriedkov“. Súda Ľuboš Baka mu už na druhý deň stanovil pokutu 600 eur a dvojnásobný zákaz šoférovania.

Trest závisí len od sudcu

Na štvormesačný pobyt za mrežami je už odsúdený šofér, ktorému začiatkom mája pri Šabínove namerali 1,06 promile alkoholu, čo je len tesne nad hranicou trestnej zodpovednosti.

Prešovský sudca Marián Polaček mu dal aj dva roky zákazu činnosti, hoci nemá vodičský preukaz.

Sto hodín povinnej práce musí odrobiť vodič, ktorému 2. mája namerali

NAJČITANEJŠIE

- | 4 hodiny | 24h | 3dni | 7dni | @=PLATENÉ |
|--|-----|------|------|-----------|
| 1. Prísluškom MVK: SDKÚ a S&S by sa nedostali do parlamentu 17 300 | | | | |
| 2. Slotuva optičnosť: Je na videu, policajti ho oficiálne natočili 7 944 | | | | |
| 3. Gallo: Giváže o tundeovaní vojenského spravodajstva vede, zruši Radčičovej roczak 5 794 | | | | |
| 4. Policajti hľadajú úplatky aj počovaním Skype 5 292 | | | | |
| 5. Príbuzní sudcov majú dekréty od prezidenta 5 122 | | | | |
| 6. Kočnerovi gratulovala k jubileu aj Monika Beňová 3 775 | | | | |
| 7. Detse domovy pripravil štát na Kš&T. Sch&trali, teraz ich odpisujú 3 223 | | | | |
| 8. Tomášová vidí adoptovaneho ctapca v ústave, Ĥalán Ĥoma 2 727 | | | | |
| 9. Ĥečierne: Zlavy, ktorú správy o tundeovaní u tajných človečtá 2 037 | | | | |
| 10. K&H: Ĥaš&rovic& a Mac&j&hor& konajú v súlade s Ĥicom 2 267 | | | | |



TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
SLOVENSKO

Open courts portal

Špecializovaný trestný súd

Predseda súdu je JUDr. Oldřich Kozlík a podpredsedníčka je Zdenka Cabanová. Na súde pracuje 13 sudcov. Pre súd evidujeme 76 pojednávania a 9 rozhodnutí.

Suvorova č. 5/A
902 01 Pezínok
Slovenská republika

Krajské súdy Na Slovensku je 8 krajských súdov.

Súd	Adresa	Sudcovia	Pojednávania	Rozhodnutia
Krajský súd Banská Bystrica	Skuteckého 7, 974 87 Banská Bystrica	68	73	17
Krajský súd Bratislava	Záhradníča 10, 813 66 Bratislava	120	85	19
Krajský súd Košice	Štúrova 29, 041 51 Košice	76	47	15
Krajský súd Nitra	Štúrova 9, 950 48 Nitra	42	44	5
Krajský súd Prešov	Hlavná 22, 080 01 Prešov	46	65	17
Krajský súd Trenčín	Nám. sv. Anny 28, 311 50 Trenčín	43	62	11
Krajský súd Trnava	Vejanského 2/A, 918 70 Trnava	34	36	17
Krajský súd Žilina	Orlia 3, 010 01 Žilina	45	68	10

Okresné súdy Na Slovensku je 54 okresných súdov.

Súd	Adresa	Sudcovia	Pojednávania	Rozhodnutia
Okresný súd Bánovce nad Bebravou	Hollého 3, 957 01 Bánovce nad Bebravou	7	23	57
Okresný súd Banská Bystrica	Skuteckého 28, 974 87 Banská Bystrica	35	149	79

Slovakia's open data projects

- Procurement – tender.sme.sk
- Procurement winners – znasichdani.sk
- Contracting – otvorenezmluvy.sk
- Business relations register – foaf.sk
- Schools performance – skoly.ineko.sk
- Cities financial standing – obce.ineko.sk
- Doctors' ties to pharma business – lekari.transparency.sk
- Grants to sports and art – granty.transparency.sk
- More information at www.transparency.sk



TRANSPARENCY
INTERNATIONAL
SLOVENSKO



Freedom of information and Open Data - interaction and contradiction: the Russian example

Ivan Pavlov
The Freedom of Information Foundation



© 2011 Freedom of Information Foundation

Freedom of information laws in Russia

- The Russian FOI laws came in to force in 2010
- The laws include general provisions about:
 - FOI principles
 - FOI requests regulations
 - Official web-sites regulations (proactive disclosure)
 - Another FOI mechanisms (for example – public access to governmental agencies meetings)
 - The FOI law’s implementation supervision
- Administrative code has provisions on responsibility for freedom of information violations



**Freedom of Information
Foundation**

FOI problems in Russia

- There is a lack of understanding of main FOI principles among Russian officials
- There is no regular FOI compliance monitoring
- There is no special government body authorized to control the authorities in the field of access to information
- There are numerous problems with FOI restriction in Russia (state secrecy, privacy, personal data and etc.)
- Technical requirements for government web-sites are not defined centrally, each authority sets their own requirements

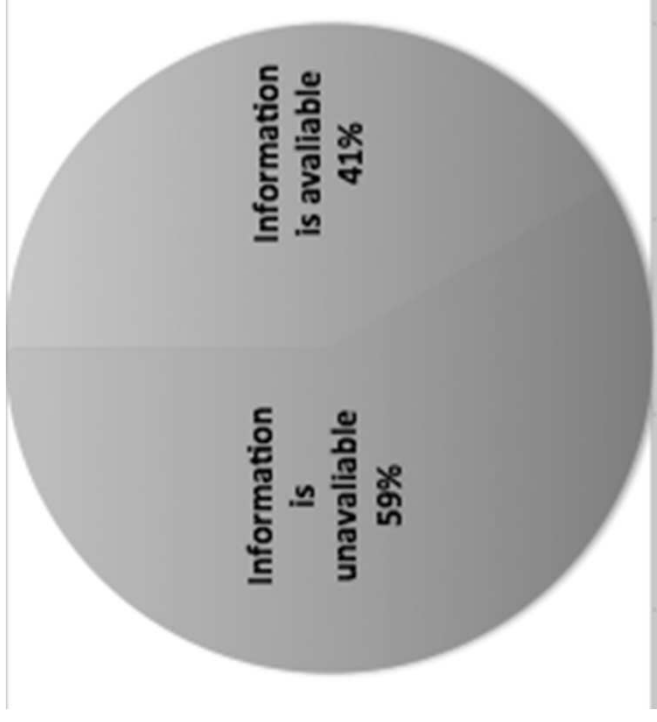


FOI problems in Russia

Main FOI problem in Russia: practical implementation of the FOI law's requirements

The results of the Freedom of Information Foundation official web-site monitoring in 2012:

3229 official government web-sites were analyzed and only **41% required** information is available



Russia goes to open government

In 2012 Russia made an comprehensive step to the governmental openness and transparency:

- Special Minister for Open Government was established and appointed (Mr. Mikhail Abyzov)
- domestic Russian initiative Open Government was launched
- large-scale international conference «Open Governance» was held on December 2012 in Moscow



Open Government Partnership and Russia

What has been done?

- The idea of Russian joining to the OGP was several times supported by ex-President and current Premier Minister Dmitry Medvedev
- A letter of intent to join the OGP was sent from Russian Foreign Affairs Ministry to the OGP Steering committee
- The Russian National Action Plan Draft was prepared with significant civil society participation
- The Action Plan Draft was presented at the international conference in Moscow



**Freedom of Information
Foundation**

Open Government Partnership and Russia

What is going on now?

- There was no evidence of president Vladimir Putin's support for Russian accession to the OGP
- The Russian delegation didn't participate in the OGP London's meeting in April 2013
- May 17 2013 Russia withdraw from OGP without any consultation with CSO

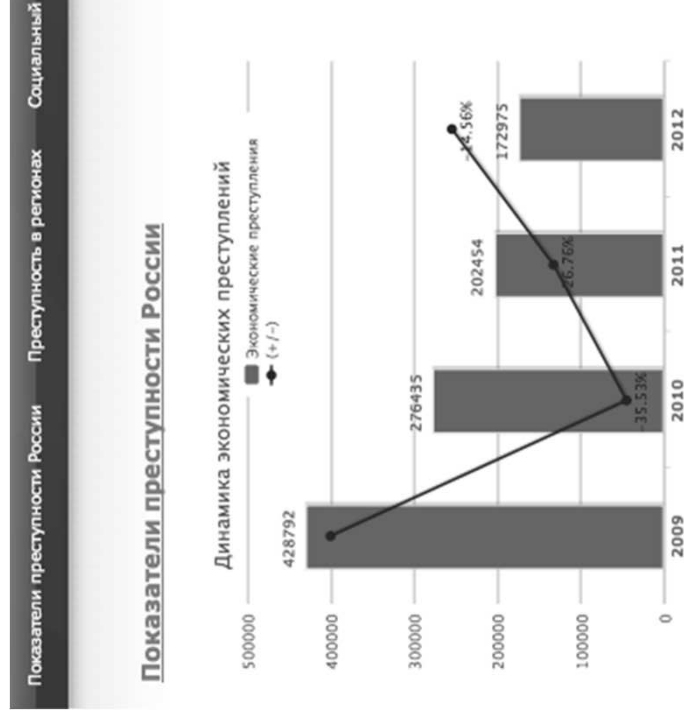
Open Data in Russia

Open Data has become a significant trend in the Russian governance in the framework of the national «Open Government» project



Open Data in Russia

- Open Data council was established under Minister Aбызов
- Several pilot ministries published their first Open Datasets
- Broad public consultation about most demanded Open Datasets was held in media
- Open Data criminal statistic portal was launched
- There are regional Open Data portals in Moscow, Krasnodar and Ulyanovsk



Россия в мировом рейтинге

Open Data problems in Russia

- The Open Data issues are discussed separately from FOI issues
- There is currently no Open Data regulation in Russian laws
- There is a lack of clear understanding what is Open Data really is among officials – even less clear on regional and local levels
- There is no significant public or business demand for Open Data



**Freedom of Information
Foundation**

Relations between FOI and Open Data in Russia

Problem 1: Open Data is positioned as the foundation of the government openness, but FOI is a fundamental Open Government idea

Problem 2: Open Data is positioned as “Data for every one”, but real consumers of Open Data are IT-specialist and developers

Relations between FOI and Open Data in Russia

Problem 3: Replacing information from human-readable to only machine-readable formats

Problem 4: Open Data is promoted as a catalyst for economic growth, but I have not seen any research to suggest a direct relationship between open-data and economic growth



**Freedom of Information
Foundation**

Relations between FOI and Open Data in Russia

Problem 5: Russian officials have lack of competence in the Open Data issues

Problem 6: Open Data has no legal regulation and technical description

FOI and Open Data in Russia: what should be done?

Main idea - Open Data is a means, not an aim

- Clear legal regulation and technical description of open data
- Recognition of the instrumental role of open data
- The creation of centers of competence on open data for officials
- Targeting activities associated with open data (communication with target audiences of open data)



**Freedom of Information
Foundation**

Thank you for your attention!

Ivan Pavlov, JD PhD

Chairman of the Board
The Freedom of Information Foundation
ipavlov@svobodainfo.org



Structuring the Dialogue with Civil Society as Catalyst of Proactive Transparency and Openness of Government Held Information

Croatian Experiences

International Symposium "Open Data – Complementary
Concept or Restriction of Freedom of Information?"

27 May 2013 in Potsdam

Igor Vidačak, Director, Croatian Government Office for
Cooperation with NGOs

Meaningful Government–Civil Society Dialogue – Key for Public Sector Transparency

- OECD – Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-making (2001)
- European Commission – General principles and minimum standards for consultation of interested parties by the Commission (2002)
- Council of Europe – Code of Good Practice for Civil Participation in the Decision-Making Process (2009)



Croatia – four pillars of effective Government–civil society cooperation

1. Strategic documents & legal framework
2. Structures for State–CSOs cooperation
3. Standards of consultation in policy making
4. Sustainable funding of CSO programmes



Croatian National Strategy for Creating Enabling Environment for CSOs 2012–2016



- ▶ broad consensus among civil society, government and business representatives about the strategic priorities until 2016

Croatian National Strategy for Creating Enabling Environment for CSOs 2012–2016



- ▶ **common platform**
that brings together
key stakeholders
vital for creating
conditions for
sustainability of an
independent and
vibrant civil society

Monitoring the Progress in Implementing the National Strategy

- ▶ More than 30 institutions involved in the implementation of measures (precise indicators)
- ▶ Complex area – need for effective vertical and horizontal coordination and solid mechanisms for monitoring the progress
- ▶ Annual reports on Strategy implementation – continuous involvement of CSOs and interested public



Structures for supporting State – CSOs cooperation – 15 years of efforts

- ▶ Government Office for Cooperation with CSOs (1998)
- ▶ Council for Civil Society Development (2002)
- ▶ National Foundation for Civil Society Development (2003)
- ▶ Regional support networks of CSOs (since 2006)
- ▶ Regional foundations (since 2006)



Government Office for Cooperation with CSOs

Coordinating Government Policy on
Creating Enabling Environment for Civil
Society Development:

- ▶ implementation of National Strategy
- ▶ public funding policy coordination
- ▶ improving standards of public consultation
- ▶ training of civil servants on CSO cooperation



Council for Civil Society Development

12 elected representatives of NGOs

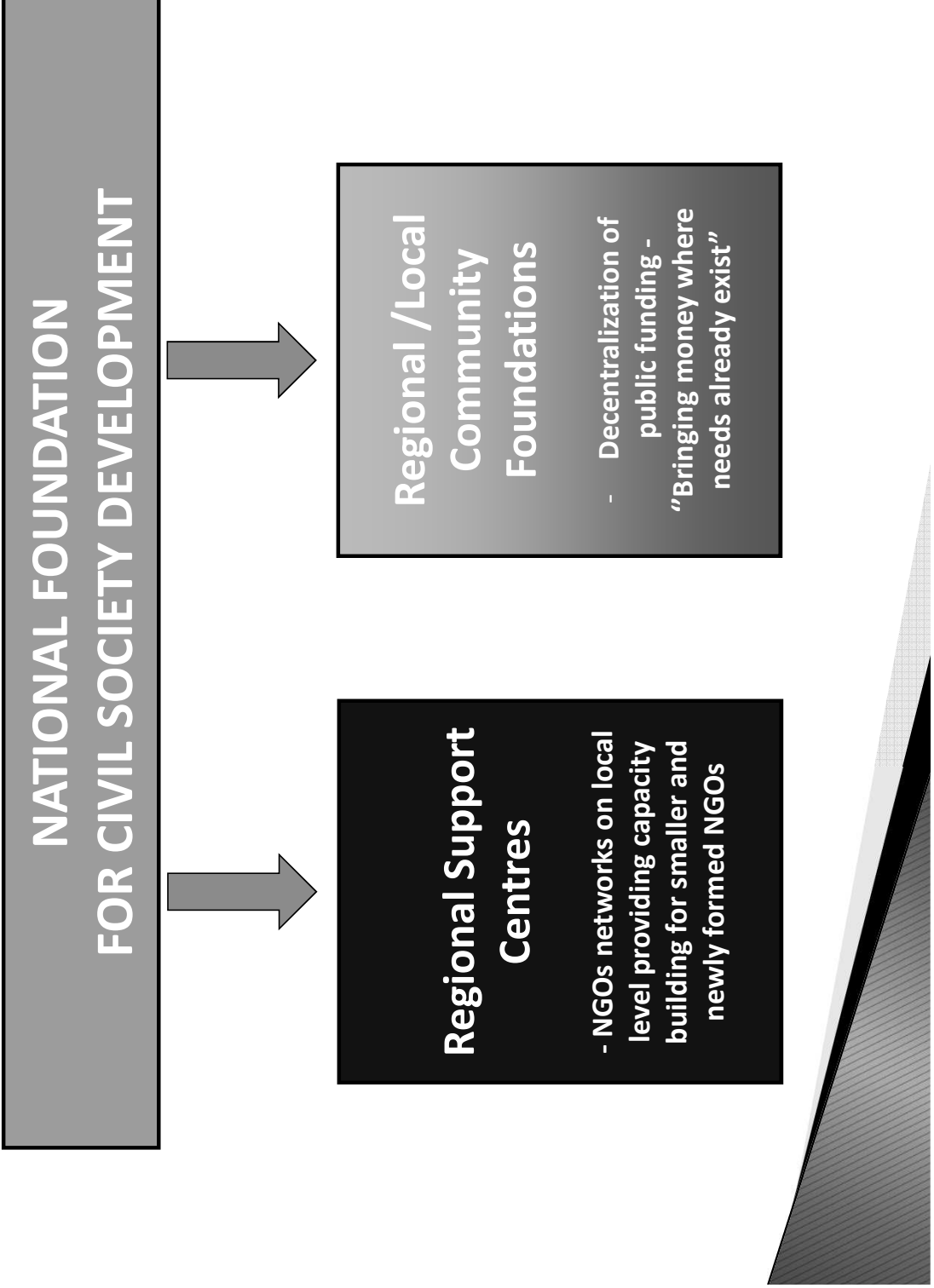
1. Protection & promotion of human rights
2. Health protection & improvement of quality of life
3. Disabled persons care
4. Child care
5. Environmental protection & sustainable development
6. Social welfare
7. Youth
8. Democratization & social development
9. Culture
10. Homeland war-veterans care
11. Sports
12. Technical culture

1 Trade Unions
1 Employers
1 Foundations

1. Union
2. Employers Association
3. Foundation

12 appointees from state administrative bodies

- 1 Ministry of Science, Education and Sports
2. Ministry of Health
3. Ministry of Culture
4. Ministry of Social Policy and Youth
5. Ministry of Finance
6. Ministry of Environmental Protection
7. Ministry of Foreign and European Affairs
8. Ministry of Administration
9. Ministry of Economy, Labour and Entrepreneurship
10. Office of Prime Minister of Croatia
11. Government Office for Human Rights
12. Government Office for Cooperation with NGOs



Introducing new standards of public consultations in policy making

- Code of Practice on Consultation with the Interested Public in Procedures of Adopting Laws, Other Regulations and Acts (November 2009)
- Government Rules of Procedures – amended to institutionalize practice of feedback on consultation results in accordance with the Code (October 2012)
- Law on Access to information – proactive transparency and publishing consultation documents (February 2013)

Putting in practice new public consultation standards

- Detailed Guidelines for the implementation of the Code of practice on consultation
- Consultation coordinators appointed in ministries and government offices
- Training programmes and peer-to-peer support for consultation coordinators
- Annual reports – Monitoring the implementation of the Code



Detailed step-by-step Guidelines on implementing the Code

- the question is not why but rather how to conduct meaningful public consultation
- all ministries – standardized public consultation web page
- standardized forms for gathering contributions from the interested public
- standardized forms for reporting on the results of public consultation



Training and peer-to-peer support for consultation coordinators

- IPA project – strengthening capacities of public consultation coordinators (3 modules training)
- State School for Public Administration – training programme for policy and PR officers
- Coordination meetings of consultation coordinators – peer to peer support and exchange of best practices
- Coordination meetings of PR officers



Annual reports – Monitoring the implementation of the Code

- Substantial progress in 2012 – consultations conducted for 144 acts (compared to 48 in 2011, and 30 in 2010)
- For 27 acts (out of 144) public consultations lasted less than 15 days
- 4773 written contributions from interested public (compared to 173 in 2011)
- reports on consultation results published for 76 acts



Open Government Partnership

- National Open Government Action plan (2012)
- new initiative promoting proactive openness and transparency
- enabling intensive global networking and expert assistance among civil servants, business and CSOs
- rising expectations among key stakeholders on open and inclusive policy making



New Freedom of Information Act

- ▶ New FoIA foreseen by OGP Action plan and National Civil Society Development Strategy
- ▶ Direct result of intensive CSO advocacy efforts and joint, structured CSO–Government cooperation in drafting the law
- ▶ Meaningful and effective public consultation with solid report on consultation results (detailed feedback on all received contributions with reasons why they were accepted or not)



New Freedom of Information Act

- ▶ strong emphasis on proactive publishing of information – clear legal requirements of what must be published and additional by-laws on implementation
- ▶ reuse of information, without costs, for any purpose (non-commercial and commercial)
- ▶ new Information Commissioner – to use the full potential ensured by new FOIA
- ▶ training programmes established in the State School for Public Administration with CSOs experts as trainers



Further information

Igor Vidačak

Director

Office for Cooperation with NGOs
Government of the Republic of Croatia

E-mail: igor.vidacak@uzuvrh.hr

Website: www.uzuvrh.hr



www.kdz.or.at

Open Government Data – Verwaltungsreform auf Umwegen?

Thomas Prorok



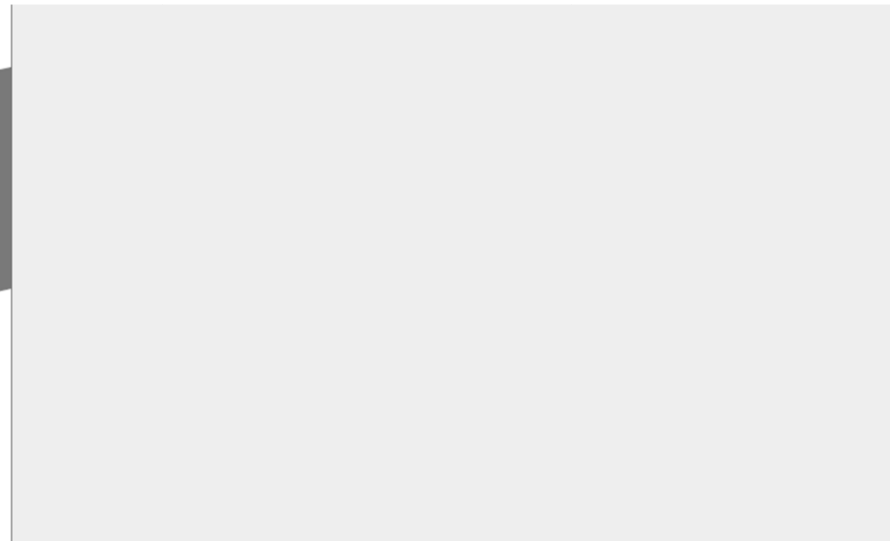
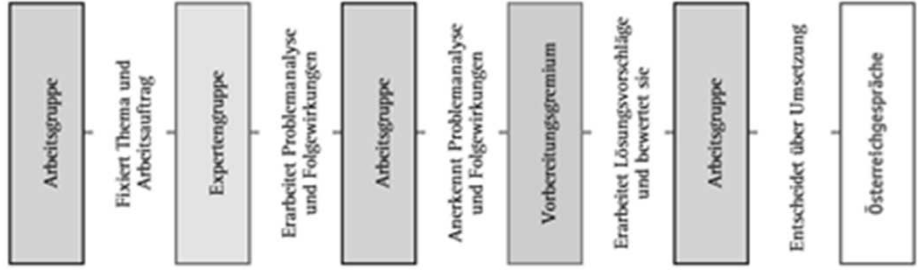
Thesen

- In vielen Bereichen fehlt der konkrete Überblick über Leistungen und Ergebnisse des Staates, sodass die Steuerung und Reformen nicht möglich sind**
- zahlreiche ExpertInnenvorschläge zur Verwaltungsreform beziehen sich auf die verbesserte Verfügbarkeit von Daten**

Arbeitsgruppe Verwaltung neu



Arbeitsgruppe Verwaltung neu



Problemlage

- ❑ **Überblick, welche Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden erbracht werden**
- ❑ **Analyse der Systeme nicht möglich, da Daten nicht vorhanden, freigegeben oder vergleichbar sind**
- ❑ **Rechnungsabschlüsse der Länder zeigt zum Beispiel, dass die**
 - Kosten der Bezirkshauptmannschaften unterschiedlich dargestellt.
 - In manchen Bundesländern werden diese nicht extra ausgewiesen
 - Andere stellen sogar den Personalaufwand dar.

Ergebnisse Soziales & Kinder

- Unvollständige beziehungsweise uneinheitliche Erfassung von Daten bei Pflege und Sachleistungen**
- Keine benutzergerechte Sozialhilfestatistik**
- Lückenhafte Informationen über Umfang, Struktur und Entwicklung der Ausgaben für Jugendwohlfahrt**
- Informationsmängel und Parallelitäten im Bereich der Kinderbetreuung**

Ergebnisse Verkehr & Gesundheit

- Fehlender Überblick über Höhe, Verwendung und Nutzen der eingesetzten öffentlichen Mittel beim Nahverkehr**
- Mangelnde Transparenz wegen Vielzahl von Finanzierungsinstrumenten und Trägern beim Nahverkehr**
- Fehlende Steuerungsdaten für träger- und sektorübergreifende Angebotsplanung im Gesundheitsbereich**

Ergebnisse Finanzen & Förderungen



- Intransparente Zahlungsströme zwischen Gebietskörperschaften**
- Fehlender Überblick über die Haftungsvolumina aller Gebietskörperschaften**
- Fehlende gebietskörperschaften-übergreifende Datenbank über Förderungen**

Beispiel Kinderbetreuung

Gebäudefunktion	Einzugsbereich Bandbreite je 1.000 Einwohnern	Einzugsbereich [Quellen]
	min - max	
Kinderbetreuung		
Kindergarten inklusive alterserweiterte Gruppen	0,5 - 2	Wohnquartier 1.500 - 2.500 ^[11] 2.000; Anteil der 3 - 5 Jährigen an Gesamtbevölkerung bei 1,2 - 1,5 % ^[6] 2.000; Anteil pro Jahrgang liegt bei 0,6 - 0,7 % der Gesamtbevölkerung ^[12] 500 - 1.000 EW ^[9] Je 1.000 EW 24 Kinder; 3 Gruppen (mit je 15 Kindern) je 1.000 EW ^[7] max. 25 Kinder/Gruppe; alterserweiterte Gruppe: 10-20 Kinder/Gruppe ^[15]
Kinderkrippe	0,4 - 2	1.500-2.500 EW ^[10] 10.000 - 15.000; Anteil der Krippenkinder an Gesamtbevölkerung bei 2,8 % ^[12] max. 14 Kinder/Gruppe ^[15]
Kinderhort / Kindertagesheim	0,17 - 1,2	1.500-2.500 EW ^[10] Wohnquartier 1.500 - 2.500; Stadtteil 10.000 - 15.000 ^[11] 5.000 ^[6] 3.500 - 6.000; Anteil pro Jahrgang liegt bei 0,2 % der Gesamtbevölkerung ^[12] Je 1.000 EW 24 Kinder; 3 Gruppen (mit je 15 Kindern) je 1.000 EW ^[7] max. 20 Kinder/Gruppe; max. 5 Gruppen/Hort ^[16] SKBBG (2000); max. 20 Kinder/Gruppe ^[15]
Kinderhaus	k.A.	k.A.
	k.A.	16-30 Kinder/Gruppe ^[15]

Beispiel Pflege

Kennzahlen zur Versorgung im stationären Bereich 2009

Bundesland	Platzangebot im Bereich der stationären Pflege 2009		Versorgungsgrad		Pflegepersonal 2009	
	Plätze gesamt	Anzahl Plätze davon Kurzzeitpflege	Plätze pro 1.000 75+ Jährigen	Kurzzeitplätze pro 1.000 75+Jährigen	gesamt (VZÄ)	Personal je Pflegeplatz
Burgenland	1.916	15-30	71	1,1	776	0,41
Kärnten	4.904	25	97	0,5	1.682	0,34
Niederösterreich	10.596	62	79	0,5	5.919	0,56
Oberösterreich	12.149	276	109	2,5	4.975	0,41
Salzburg	5.204	67	136	1,8	529	0,10
Steiermark	10.841	39	102	0,4	3.499	0,32
Tirol	5.419	72	108	1,4	3.659	0,68
Vorarlberg	2.161	k.A.	89	k.A.	k.A.	k.A.
Wien	9.376	86	74	0,7	k.A.	k.A.
Österreich	62.566	627	93	0,9	21.039	0,41

Beispiel Pflege

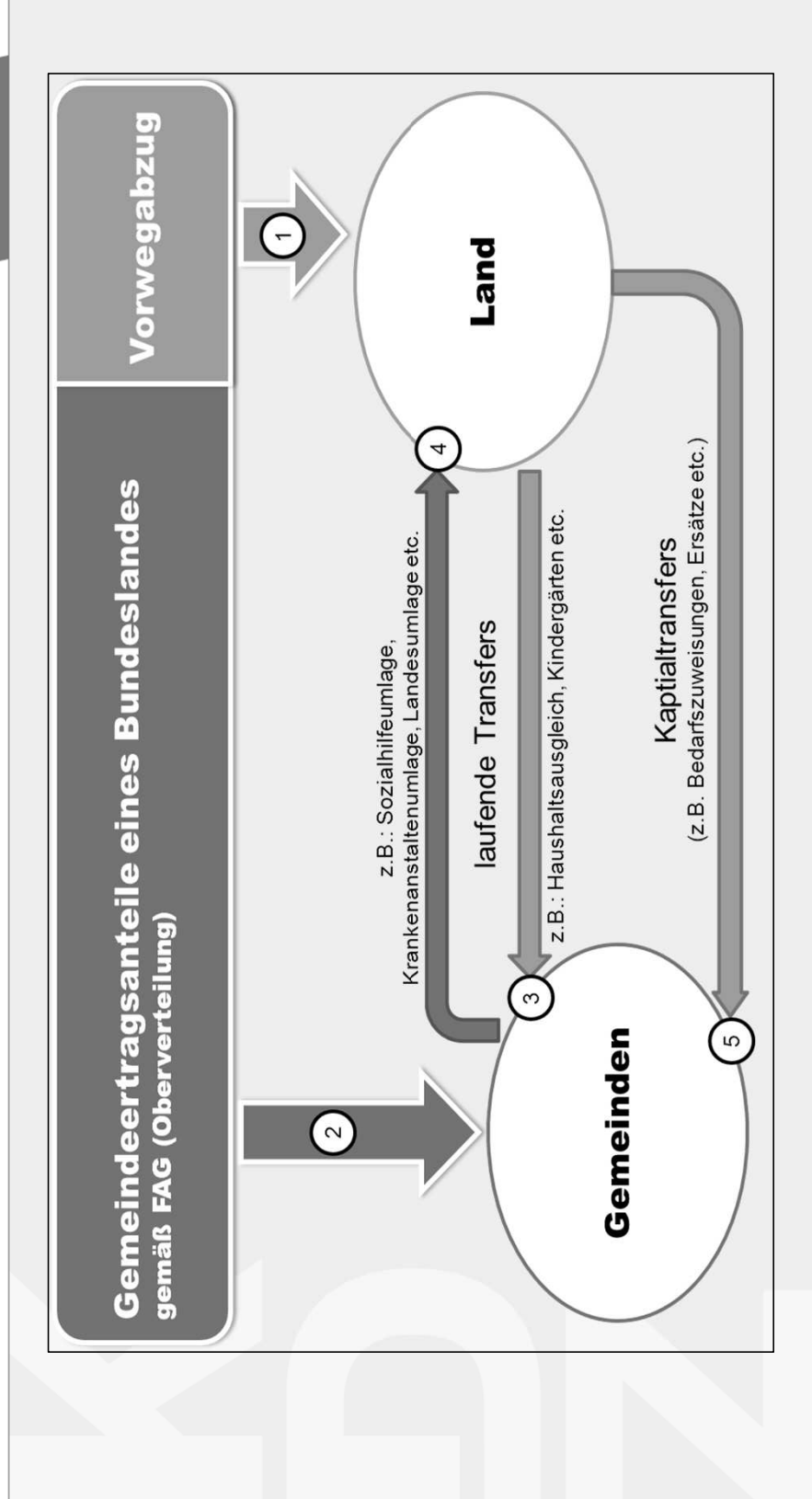
Bundesland	Teilstationäre Dienste 2008 und 2009		Besuchstage pro 1.000 75+ Jährigen
	Leistungsdaten 2008	Leistungsdaten 2009	
Burgenland	3.272 Besuchstage	5.721 Besuchstage	211
Kärnten	k.A.	k.A.	
Niederösterreich	89 Plätze	26.048 Besuchstage	193
Oberösterreich	151 Plätze	45.614 Besuchstage	409
Salzburg	22.885 Besuchstage	26.048 Besuchstage	682
Steiermark	k.A.	k.A.	
Tirol	7.000 Besuchstage	7.000 Besuchstage	139
Vorarlberg	k.A.	k.A.	
Wien	137.887 Besuchstage	142.390 Besuchstage	1.122

Besuchstage: Jahressumme der BesucherInnen (Anzahl der Personen) an den geöffneten Tagen.

Transfers zwischen Ländern und Gemeinden



Ertragsanteilsverteilung und Transferverflechtung im Finanzausgleich



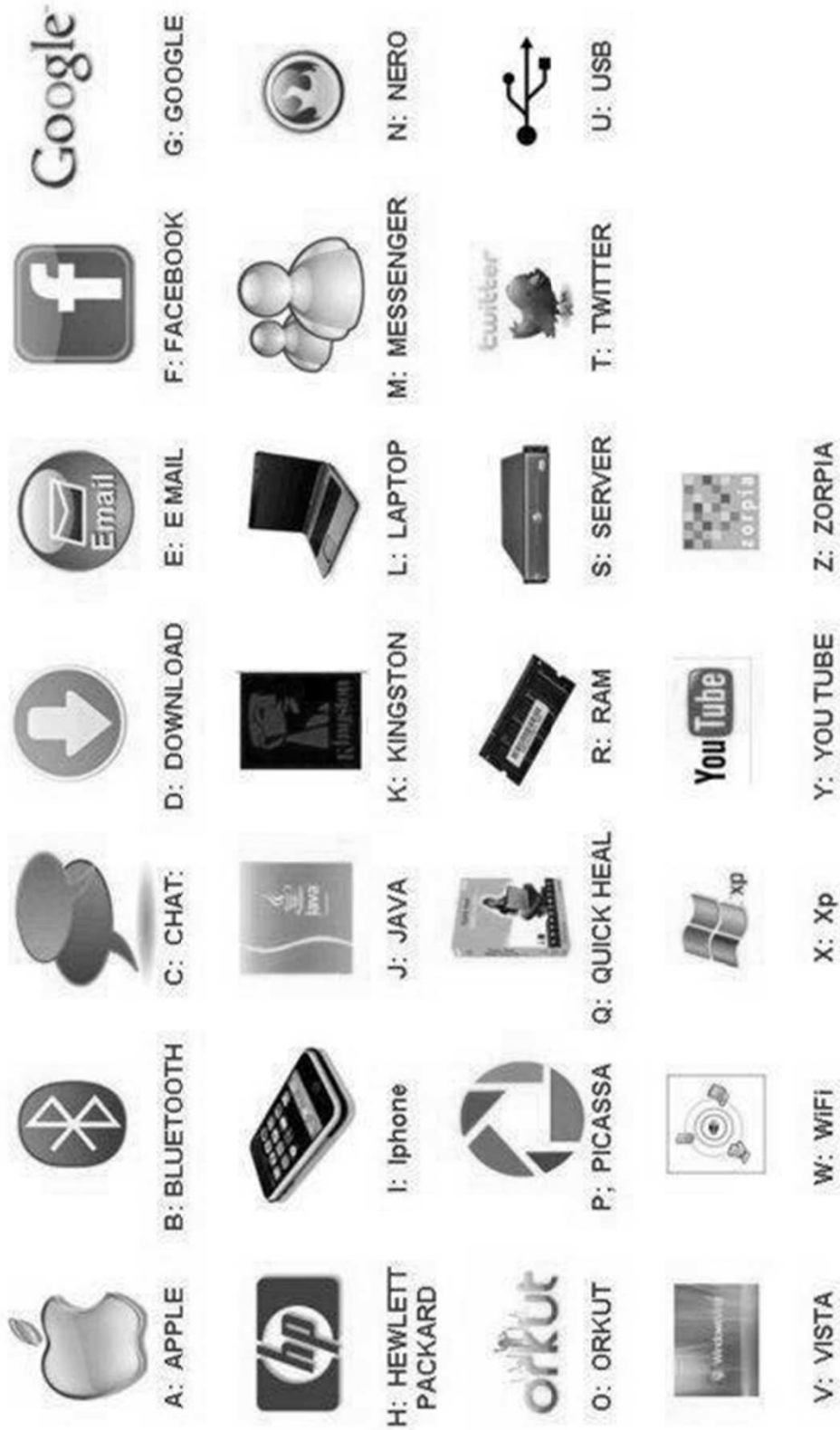
Beispiel Förderungen



Mindeststandards:	Verpflichtend mit Opting-out-Möglichkeit	Empfehlung	Ablehnung	Enthaltung
Titel des Förderprogrammes				Wien
Kategorie des Förderprogramms				Wien
Querverweise zu anderen Förderkategorien und -programmen				Wien
Art der Förderung (direkt/indirekt, gesetzlich/Ermessen etc.)				Wien
Fördergeber				Wien
Geplante Förderwerber/Endbegünstigte				Wien
Zeitraum der Förderung (Gültigkeitszeitraum)	GemB			Wien
Gesamtvolumen der Förderung	GemB	StB		Wien
Förderabwicklungsstelle/Einreichsstelle	GemB			Wien
Förderbedingungen (Finanzieller Rahmen der Einzelförderung, Unterlagen)	GemB			Wien
Kontrollmaßnahmen	GemB			Wien
Volltext der Förderung	GemB			Wien
(Elektronisches) Antragsformular	GemB			Wien
Folgende Angaben des Fördergeber nur für die Verwaltung				
Geplanter administrativer Aufwand für Fördergeber und Förderwerber			BKA, StB	Wien
Geplante Abwicklungsdauer			StB	Wien
Gesamtkosten des Förderprogramms inkl. Verwaltungskosten			StB	Wien
Einbettung in die Förderstrategie der Fördersparte			StB	Wien
Zeitraum der Förderung				Wien
Verpflichtende elektronische Abwicklung für Förderungen				Wien
Verpflichtende Zurverfügungstellung elektronischer Antragsformulare				Wien

Kennzahlen	Grunddaten	Kennzahlenwerte (Vergleichsjahr 2009)					
		A	B	C	D	E	F
K 1 - Betreute Personen je Mitarbeiterin Personalverwaltung p.A.	Anzahl betreute MitarbeiterInnen (inkl. Vorruhestände, Lehrlinge, Landeslehrer, Karenzierte) zum 31.12.2009	1.034	33.110,00	3.760,00	5.741,00	4.443,00	3.534,00
	Anzahl der MitarbeiterInnen der Personalverwaltung in VZA/VBA (Vollzeitäquivalenten) zum 31.12.2009	258,50 4	108,51	9,81	15,05	23,15	17,48
K 2 - Zeitaufwand je betreuter(n) MitarbeiterIn p.A. (in Stunden)	Zeitaufwand Personalverwaltung = Anzahl der VZA/VBA zum 31.12.2009 x 1680 Stunden	6.720	182.296,80	16.484,00	25.284,00	38.892,00	29.366,40
	Anzahl betreute MitarbeiterInnen (inkl. Vorruhestände, Lehrlinge, Landeslehrer, Karenzierte) zum 31.12.2009	1.034	33.110,00	3.760,00	5.741,00	4.443,00	3.534,00
K 3 - Kosten Personalverwaltung je betreuter(n) MitarbeiterIn p.A. (in Euro)	Kosten Personalverwaltung 2009 (in Euro)	179.037	4.522.283,64	387.114,00	765.098,22	978.560,00	1.025.908,36
	Anzahl betreute MitarbeiterInnen (inkl. Vorruhestände, Lehrlinge, Landeslehrer, Karenzierte) zum 31.12.2009	173,15	136,68	102,96	133,27	220,25	290,30
K 4 - Zeitaufwand je Reisekostenfall (in Minuten)	Zeitaufwand Personalverwaltung = Anzahl der im Bereich Reisekosten tätigen VZA/VBA zum 31.12.2009 x 1680 Stunden	2.352	33.096,00	1.520,00	4.821,60	1.680,00	3.360,00
	Anzahl der Reisekostenfälle 2009	69,28	286.173,00	62.450,00	12.578,00	2.684,00	6.359,00

Alphabet taught to kids nowadays



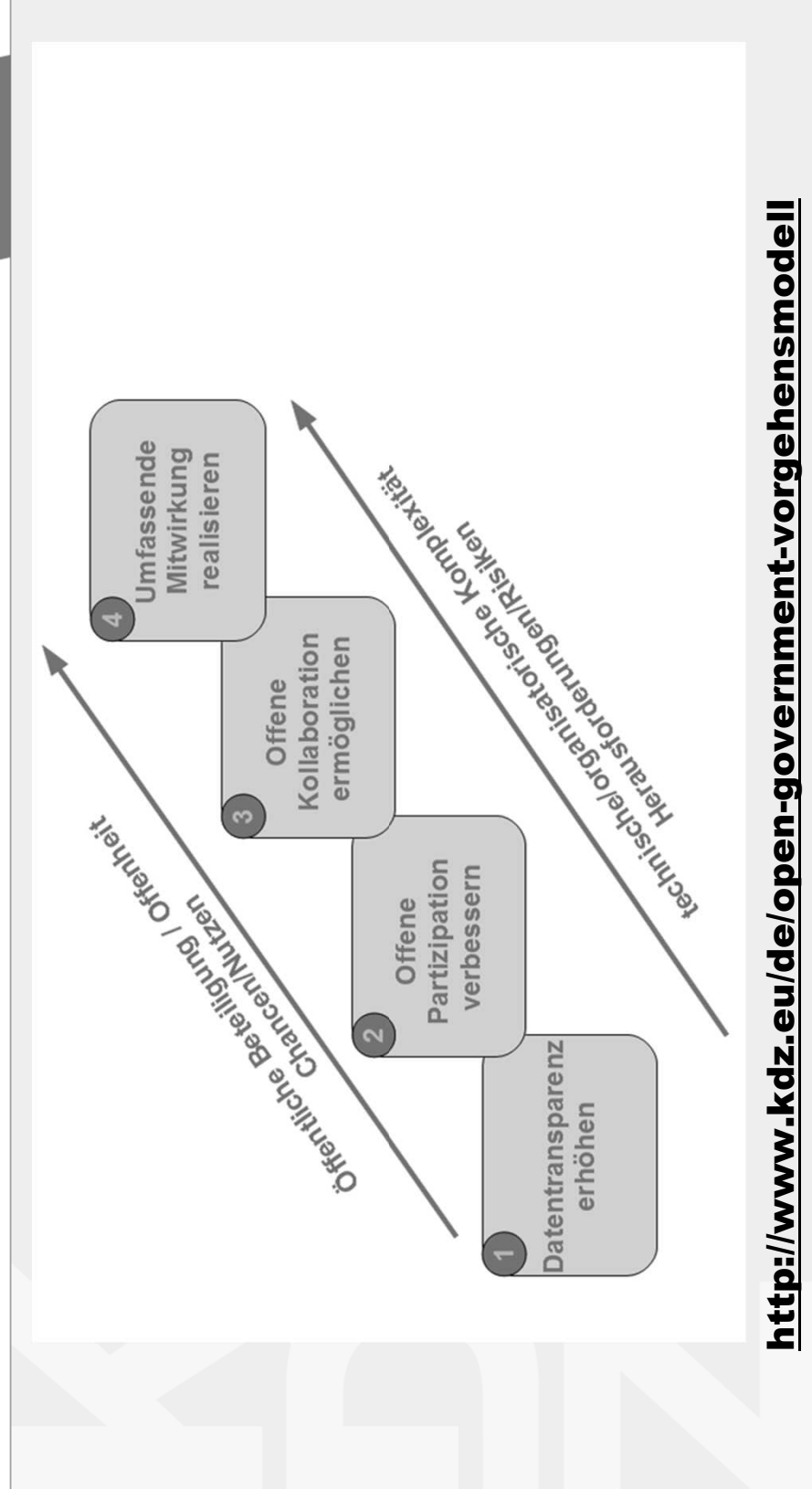
Wie entscheiden wir uns?




Wie steuern wir Offenheit?




Open-Government-Vorgehensmodell



<http://www.kdz.eu/de/open-government-vorgehensmodell>



data.gv.at – offene Daten Österreichs



Startseite
Katalog
Anwendungen
News
Hintergrund-Infos
Netiquette
Kontakt


Datenauftritt - Gemeinde Engerwitzdorf

Folgende Datensätze wurden von der veröffentlichenden Stelle "Gemeinde Engerwitzdorf" auf c

Stabilitätspakt 2012 ✓

Gefundene Einträge	Titel	Letzte Änderung	Anzahl Datensätze
5	Sportanlagen Engerwitzdorf	17.10.2012	170
	POI's (Points of Interest) für Sportanlagen in der Gemeinde Engerwitzdorf. Die Koordinaten sind im G...		126
	Veranstaltungsorte Engerwitzdorf	17.10.2012	116
	POI's (Points of Interest) für Veranstaltungen in der Gemeinde Engerwitzdorf. Die Koordinaten sind i...		103
	Beherbergungsbetriebe Engerwitzdorf	17.10.2012	41
	POI's (Points of Interest) für Beherbergungsbetriebe in der Gemeinde Engerwitzdorf. Die Koordinaten s...		41
	Finanzgebarung Gebühreneinnahmen Engerwitzdorf	17.10.2012	26
	Informationen zu den Gebühreneinnahmen lt. Rechnungsabschlüssen 2009, 2010, 2011 und Voranschlag 201...		24
			18
			8
			6
			4
			4
			4
			3
			2
			2
			1

Derzeit 18 dateneinbringende Organisationen:



Offener Haushalt.at ^{alpha}

Finanzdaten aus dem öffentlichen Sektor in Österreich!

Hier entsteht ein Open-Spending-Ableger, derzeit noch im Teststadium.

EINFÜHRUNG

Rechnungsabschluss der Stadt Graz 2011

Search 69,912 government transactions in 2 datasets...

Transparente Finanzen in Graz und Salzburg 27.02.2013

Das Team von offenerhaushalt.at hat die Haushaltsdaten der Städte Graz hat sehr umfangreiche Daten zu den Rechnungsabschlüssen der Jahre Jahres im Grazer Open-Data-Portal maschinenlesbar veröffentlicht. Nun :

offenerhaushalt.at am Tag der offenen Haushalte 23.02.2013

Im Rahmen des internationalen Open Data Day fand in Wien ein Create statt. In einer Kooperation der Open Knowledge Foundation Austria und Verwaltungsforschung wurden Vertreterinnen und...

Das kommunale Rechnungswesen 22.02.2013

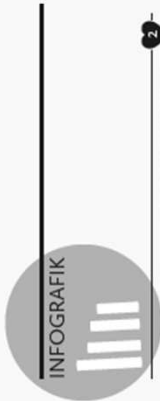
Das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen unterscheidet sich c Statt der Doppik wird in Österreichs Städten und Gemeinden die "Kamei über die Kameratechnik hat Manuel Köfel im Rahmen des Startfs von...

Suche Über Visualisierungen

€215.985.567 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	€189.848.327 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	€137.992.626 Dienstleistungen	€107.178.843 Unterricht, Erziehung, Wissenschaft
€139.701.498 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	€118.270.593 Finanzwirtschaft	€42.083.045 Kunst, Kultur und Kultus	
Straßen- und Wasserbau, Verkehr (14,03%)			

Achtung: Ordentliche und außerordentliche Posten!

Embed Change

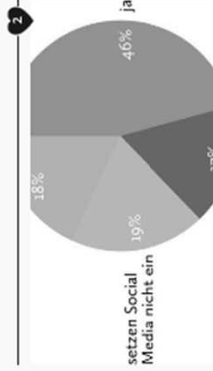


INFOGRAFIK



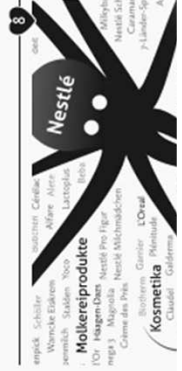
INFOGRAFIK
18.03.2013
Medientransparenz - die Zweite

Das 4. Quartal 2012 brachte einen Anstieg bei den Ausgaben

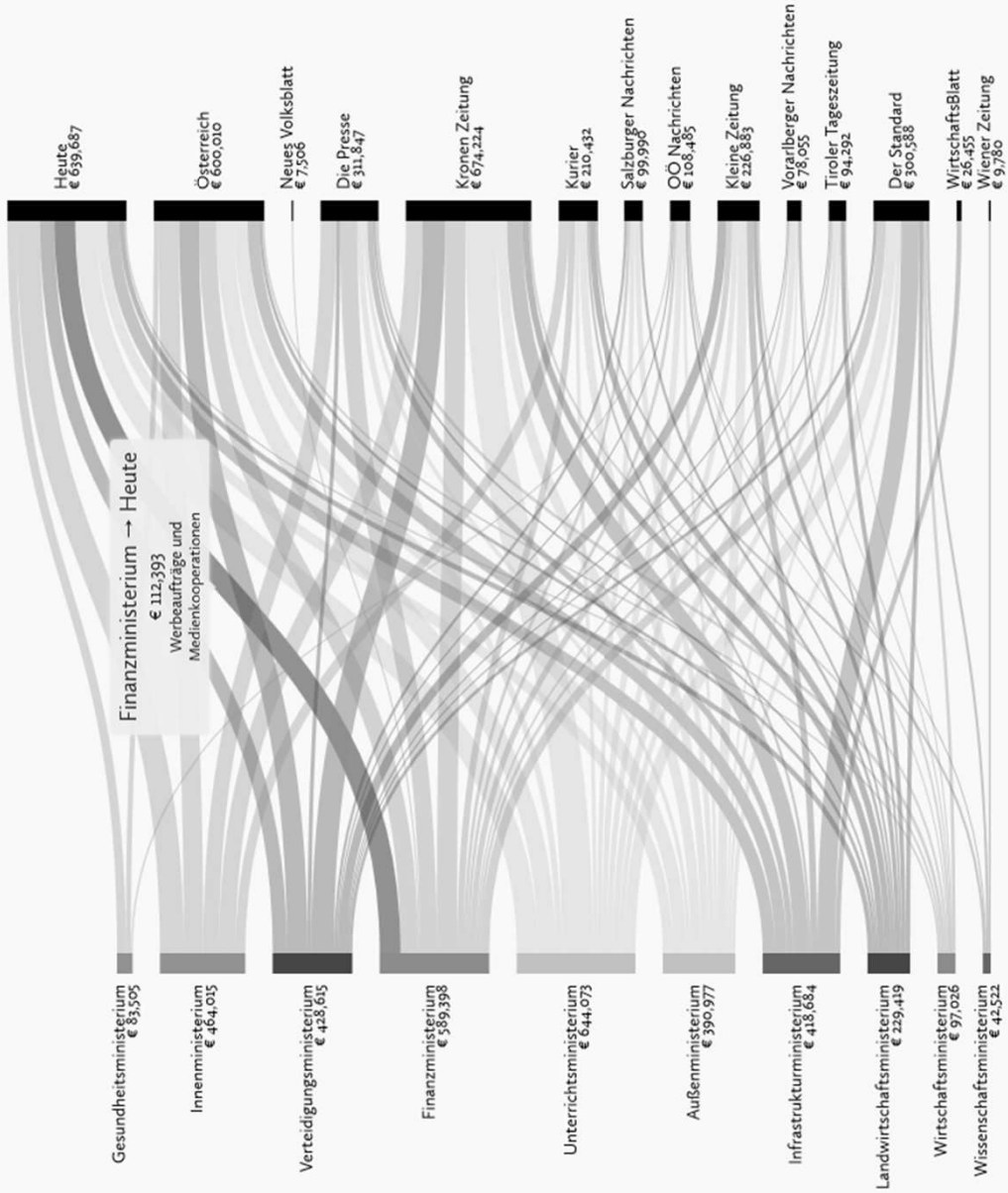


INFOGRAFIK
25.09.2012
Erfolg mit Fans, Followern und Co.

Journalisten machen ihren Erfolg im Social Web an Zahlen fest



Tageszeitung



zurück

Schlussfolgerungen

- Ohne Daten keine Steuerungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung**
- Open Government und Open Government Data können eine Chance sein, die Verwaltungsreform, welche intern nicht weiter geht, durch externe Impulse anzutreiben.**
- So sind in einem ersten Schritt zumindest die vorhandenen Daten freizugeben, sodass dieser einer Analyse im Sinne einer Verwaltungsreform dienen können.**

Kontakt

data.wien.gv.at • www.kdz.or.at

Open-Government-Vorgehensmodell

Umsetzung von Open Government
Version 2.0

verfasst von
Mag. Bernhard Krabina, KDZ
Mag. Thomas Prorok, KDZ
Ing.ⁱⁿ Brigitte Lutz, Stadt Wien

KDZ
Zentrum für Verwaltungsforschung
Gujtiansgasse 13 • A-1110 Wien
T: +43 1 866 34 90-0 | F: -20
post@kdz.or.at | www.kdz.or.at

Office of the OIG
Magistratsdirektion der Stadt Wien
Rathausstraße 8 • A-1010 Wien
T: +43 1 4000 750-3
post@bka.wien.gv.at | www.staet.at | www.wien.gv.at

<http://www.kdz.or.at/de/open-government-vorgehensmodell>

www.kdz.or.at



Mag. Thomas Prorok

✉ prorok@kdz.or.at

🌐 www.kdz.or.at

Alexander Kashumov

Head of Legal Team, Access to Information Program Bulgaria

Re-use and Access to Information in Bulgaria: Reflection on Conflicting EU Law Concepts

Introduction

On the EU level there are no common standards on access to documents. Regulation (EC) No 1049/2001 refers to EU institutions, but does not oblige country members. On another hand, Directive 2003/98/EC on the re-use of public sector information (PSI Directive; Directive) does set a standard which applies to all EU members. This is why in the process of seeking consistence with *acquis communautaire* in the last decade some new EU members tried to worsen the already existing access to information (AI) justifying that with the need for transposition of the requirements under the PSI Directive.

The forthcoming amendments of the PSI Directive provision a stronger requirement for proactive publication online. Thus it will serve as a strong legal basis at a European level to achieve larger government openness set as a priority also by the global Open Government Partnership (OGP) initiative.¹

The personal data protection (PDP) concerns traditionally lead to subsequent restriction on the re-use of public sector information. Under the forthcoming amendments to the PSI Directive along with the stronger publication requirement and broadening the scope of PSI, PDP becomes stronger and could be even seen as problematic in some sense (cf. the farm-subsidies' judgment of the EU Court, November 2010).

Bulgarian context is part of and strongly influenced by the said landscape, experiencing the lack of EU standards on AI, improved proactive web-publication along with sometimes difficult and efforts-taking "information on request" regime and cases of PDP use to protect government affairs and wrongdoings.

¹ <http://www.opengovpartnership.org/>

The EU Background: Re-use of PSI, access to information and personal data protection

The main factors which play a role with regards to the inter-connection and relation between PSI re-use, access to information and personal data protection in Bulgaria are also rooted in the EU context. Core questions are the relationship between the terms “re-use” and “access to information” on one hand, and the way personal data protection is ensured, on another.

Re-use and access to information under the PSI Directive

It is known that the Directive 2003/98/EC was adopted in 2003, when not all European states had passed access to information laws. Big European countries such as UK and Germany (federal level) did not have FOI (AI) laws in force at that time.

On another hand, the PSI Directive does define “re-use” as use by any persons or legal entities of documents held by public sector bodies for commercial or non-commercial purposes other than the initial purpose. It is not commented in the legal text whether “access” is considered as a form of re-use. This is implied, however, as the Directive clearly says that it builds on the existing access regimes in the Member States and does not change the national rules for access to documents. Therefore, the link between the terms “re-use of PSI” and “access to information” is made by the EU legislators. Also, without doubt access is a pre-condition to any further use of the information.

In the proposed amendments to the Directive, there is a further reference to the national AI regimes. The exemptions from access to information as set forth by national laws are to be considered as a ground for exclusion from the scope of the PSI Directive.

Re-use and personal data protection under the PSI Directive

In the PSI Directive, personal data are defined by reference to the meaning under the Directive 95/46/EC (Art. 2, para. 5 of the PSI Directive). The re-use of PSI Directive states that it should be implemented and applied in full compliance with the principles relating to the PDP and in no way affects the level of protection of individuals with that respect (Art. 1, para. 4). The Directive does not specify any further on that matter.

The highest EU Court banned by a ruling as of 9 November 2010 the online publication of details about agricultural farmers who are natural persons receiving EU subsidies. As a result country members (including Bulgaria) took down the websites listing a large group of the beneficiaries from those funds.

The proposal for the amendment to the PSI Directive provides for a more detailed approach to the PDP. On one hand, documents which are not accessible due to personal data protection reasons will be excluded from the scope of the Directive.² This could be potentially interpreted in a wide manner stemming from the practice of the EU Court.

The new proposed version of the provision of Art. 1, para. 2, point (c) of the PSI Directive lists for first time “protection of privacy and personal data” as ground for exclusion from the scope of the Directive. This is obviously a more radical approach than the existing requirement to follow PDP standards.

On another hand, clear reference is made in the same provision to “access regimes in the Member states.” Repeating the reference made already in the first version of the Directive, but now in the legal text, makes a stronger link between re-use and access regimes. However, large margin of appreciation is left to the states and their national laws as regards the grounds for exclusion from the scope of the PSI Directive. Big differences between national laws are already observed in the scope of “privacy and data protection” and commercial secrets as exemptions from access.

On a third place, the expression “privacy and personal data” clearly sets two very different notions. The one is narrowly accepted (privacy) and a very common ground for restriction on the right of access to information under national access laws.³ This approach is also taken at a European level as seen in Art. 3, para. 1, point (f) of the Council of Europe Convention on Access to Official Documents, clearly referring to “privacy and other legitimate private interests” as a ground for refusal. The other notion of “personal data” is in fact much broader extending to any infor-

² For more information see the European Parliament Report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/98/EC on re-use of public sector information (COM(2011)0877-C7-0502/2011-2011/0430(COD)), Committee on Industry, Research and Energy, Rapporteur Ivailo Kalfin (MEP from Bulgaria).

³ See country data in the relevant subsection of the Global RTI Rating website: http://www.rti-rating.org/country_data.php

mation relating to an identified or identifiable natural person (Art. 2, point (a) of Directive 95/46/EC).⁴

The case of Bulgaria

In 2007, three MPs introduced in the Bulgarian Parliament draft amendments of the Access to Public Information Act (APIA). They based their proposal on the need to transpose the PSI Directive. The proposed amendments in the law included among other suggestions introducing of a requirement to demonstrate interest of the applicant in the information requested, prolonged time limits for response to an information request and bigger charges for provision of public information. The amendments were in fact prepared under an assignment of a state agency but directly sent to the parliament by the MPs thus circumventing the mandatory public consultation procedure and communication within the government that precede a normal legislative initiative.

In a number of comments to the draft amendments, public speeches in Parliamentary committees and in media publications, Access to Information Program (AIP) lawyers and activists criticized the proposal. As a result the parliament abandoned the controversial proposal to introduce legal interest in requesting access, to prolong the time period for response and to set bigger charges for access.

The final proposal introduced a separate chapter on re-use of public sector information in APIA. However, it was not made clear in the law, what the difference is between “public information” and “public sector information.” Under the 2011 Annual Government Report on the implementation of APIA (which is part of the report on the state of public administration), few cases of PSI re-use are reported as statistics compared to 8,805 access to information requests on national level.

Online Public registers

In 2011-2012 AIP team did a survey to identify the existing public registers in Bulgaria. It counted that more than 3,000 public registers are kept and maintained by ministries, agencies, state commissions, (28) regional and (264) local government administrations. It turned out that more than 600 of the registers are web-based. The laws and secondary legislation provide more and more obligations for publication of documents and reg-

⁴ The Personal data protection legislation in EU is itself subject to a revision today.

isters online, but also public administrations sometimes publish registers on their websites on their own initiatives.

AIP created a web-portal of public registers in Bulgaria (<http://www.publicregisters.info/>). Equipped with search machine, it helps information seekers to get better access to all existing public registers which are maintained by public bodies. The government does not have similar portal to ensure easy access to all those registers.

It should be noted that large number of the publicly available via internet registers contain personal data such as names. For example, lists of registered professionals such as architects, engineers, lawyers, notary officers etc. contain names and years of professional experience.

Access to information and personal data protection by the national courts' interpretation

Within the 13 years of the application of APIA, there have been many legal disputes in the courts involving the question of the proper balance between access to information and personal data protection. Up to now, AIP has supported more than 270 lawsuits under AIPA in courts based on assessment of the public interest. Many of the cases involve the need to balance between the right to information and the right to personal data protection of data in official documents.

The courts have progressively accepted that data related to the office, position, official duties or capability to exercise them are public due to an overriding public interest in the disclosure. In 2012, the Bulgarian Constitutional Court ruled that data about affiliation of high ranking officials and candidates for such positions to the former secret services shall be public due to an overriding public interest based on the Constitution and Art. 10 of the European Convention of Human Rights.

However, there are judges, although a minority so far, who take a more reserved interpretation of the law saying that there is a general exclusion of all information related to personal data from the scope of access. Their consideration of the national law is similar to the one taken by the EU Court (Grand Chamber) in the Bavarian Lager case 2010 (case C-28/08 P) when it upheld a European Commission's denial to provide information on the basis of personal data protection of people who professionally discussed a public matter.

Some conclusive considerations

The amendment of the PSI Directive will give larger possibilities and stronger duty for proactive publication online. It will speed up and fuel the ongoing process of proactive transparency already started with Bulgarian governments along with the other European governments. On another hand, due attention should be given as to the interpretation and possible impact of the obligation to exclude information regarded as personal data from the scope of PSI. Protection should guarantee the rights for PDP, but not allow excuse for less accountability of public officials' activities.

Dr. Anselm Brandi-Dohrn

Präsident, Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik e.V.

Zusammenfassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir fällt die Aufgabe zu, eine sehr dichte Veranstaltung – nicht zuletzt was das Rechtstatsächliche angeht – für Sie zusammenzufassen.

Herr Lüdtker hat heute Morgen eingangs die Frage aufgeworfen, ob Informationsfreiheit und Open Data etwas Unterschiedliches sind oder letztlich nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Über diesen Punkt haben wir offensichtlich im Laufe des Tages Einverständnis erzielt, wenn ich die verschiedenen Beiträge Revue passieren lasse. Es besteht offensichtlich ein einheitliches Verständnis über die Länder hinweg, dass die Meinungsfreiheit der Oberbegriff ist, die als einen Teilaspekt das Recht auf Zugang zu Informationen beinhaltet. Eine Ausprägung dieses Rechts auf Zugang wiederum ist ein (Gewährleistungs-)Anspruch gegenüber dem Staat, Open Data auch aktiv zur Verfügung zu stellen. Das scheint nicht nur unter den Referenten hier einheitliche Auffassung zu sein - Helen Darbishire hat heute Morgen aus einer Umfrage zitiert, wonach 75 % der EU-Bürger ein solches Recht als ein Grundrecht, als ein Recht auf Teilhabe, verstehen und einfordern.

Wenn wir aus der Vogelperspektive auf die Umsetzung dieses Grundrechts schauen, dann sieht das Bild recht positiv aus. Um erneut aus der Statistik von Helen Darbishire zu zitieren: über 90 Staaten haben schon in der einen oder anderen Form eine gesetzgeberische Umsetzung dieses Grundrechts vollzogen. Wenn wir allerdings die Nahaufnahmen ansehen, die sich im Laufe dieses Tages aus den Länderbeiträgen ergeben haben, dann ergibt sich ein ziemlich disparates Bild zwischen den Ländern. Lassen Sie mich zwei, drei Beispiele des heutigen Tages herausgreifen:

1. Meinungsfreiheit ist Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess. Da sehen wir das Beispiel Slowenien auf der einen Seite – dort gibt es ein Monitoring des Gesetzgebungsprozesses; das bekommen wir z. B. in Deutschland annähernd über die Drucksachen-Suche des Bundestages ebenfalls hin, sogar über das Internet. Aber in Slowenien gibt es offensichtlich zusätzlich die aktive

Beteiligung des Bürgers durch Eingaben während des Gesetzgebungsprozesses und diese werden auch noch beantwortet – ähnlich wie in Kroatien. Dort gibt es einen intensiven Austausch mit der öffentlichen Meinung, sei es in NGO's organisiert, sei es wie in Slowenien, wo sich der individuelle Bürger schon am Gesetzgebungsverfahren in den Meinungsbildungsprozess einbringen kann. Wenn wir das mit Deutschland vergleichen, sehe ich nur Häme und Spott, die über die Piratenpartei ausgegossen wird, die es als einzige bisher geschafft hat, zumindest innerhalb ihrer Partei einen ähnlichen Prozess mit ihrer Software *Liquid Democracy* einzuführen.

2. Accountability. Wenn wir den neudeutschen Begriff *accountability* am Beispiel der Vergabeverfahren ansehen, dann betrachte ich zunächst Slowenien und die Slowakei. Dort sind sämtliche Vergabeverträge öffentlich - und nicht öffentlich gemachte Verträge nichtig. Das ist vielleicht einer Parallele mit dem Wechsel vom Völkerbund zur UNO entnommen: Während in der Völkerbundszeit Geheimverträge noch wirksam waren, sind solche Verträge seit der Geltung der UN-Charta nichtig. Aus meiner Sicht ist es – da ich mich viel mit Vergaberecht befasse – geradezu revolutionär, dass sogar die einzelnen Gebote öffentlich gemacht werden; anscheinend allerdings, wenn ich das richtig verstanden habe, nur mit mehreren Monaten Abstand. Diese Verzögerung soll aber ausschließlich auf praktischen Gründen beruhen, weil sich die Veröffentlichung einer so großen Zahl von Dokumenten nicht so schnell umsetzen lasse. Eine solche Veröffentlichung ist in Deutschland undenkbar, aber in anderen Ländern – z. B. in England – ebenfalls vorgesehen. Die Engländer haben für Bieterunterlagen eine Sperrfrist von drei Jahren festgesetzt: nach drei Jahren ist auch ursprünglich Vertrauliches nicht mehr so schützenswert als Geschäftsgeheimnis, dass man das Gebot bzw. den Vertrag nicht offenlegen könnte. Das Interessante daran ist, dass das Vergabewesen weder in Slowenien noch in der Slowakei daran gescheitert wäre, dass sie ein anderes System haben als wir in Deutschland. Bei uns in Deutschland entscheidet ja im Vergabeverfahren letztlich der Konkurrent, der Mitbieter, darüber, ob ein Vertrag offengelegt wird oder nicht. Wer sich von Ihnen mit Vergabenachprüfungsverfahren befasst, weiß, wie schwer es in Deutschland ist, in diesen Verfahren auch nur Einsicht in die vollständige Vergabeakte (ohne die Gebote der Bieter) zu bekommen.

In einigen Ländern ist es offensichtlich möglich, einen Vertrag, der zu ungünstigen Konditionen abgeschlossen wurde – manchmal ist so etwas ja leider gerade die Folge fehlender Transparenz - nachträglich für nichtig zu erklären. Dieses Konzept griffe bei uns tief in zivilrechtliche Wertungen ein – bei uns gilt ja immerhin noch der Grundsatz, dass jeder sich um die Wahrung seiner Interessen bei Vertragsverhandlungen selbst kümmern muss und ein abgeschlossener Vertrag (auch ein ungünstiger) auch eingehalten werden muss. Lässt sich die öffentliche Verwaltung „über den Tisch ziehen“, dann ist das in Deutschland ihr Pech. Dann muss sie beim nächsten Mal besser aufpassen.

3. Ausnahmen von der Offenlegungspflicht. Die Ausnahmen von der Offenlegungspflicht sind offensichtlich der größte Knackpunkt im Recht auf Informationsfreiheit und bei Open Data. Fast alle gesetzlichen Regelungen – wir brauchen in Deutschland nur in Art. 5 des Grundgesetzes zu sehen – sehen einen Gesetzesvorbehalt vor und – in der einen oder anderen Form - Ausnahmen. Die klingen alle für sich auch ganz plausibel - da muss der Grundsatz der *privacy* beachtet, müssen die möglichen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse privater Dritter abgewogen werden. Nur: Der Ländervergleich des heutigen Tages zeigt, dass man mit diesen Begriffen sehr unterschiedlich umgehen, diese Ausnahmen von der Offenlegungspflicht eng oder weit auslegen kann.

In Deutschland liegt der Schwerpunkt des Schutzes sicherlich auf den persönlichen Daten und den Geschäftsgeheimnissen; in Slowenien ist das – für uns vielleicht überraschend - gar kein so großes Problem. Dafür – wenn ich das recht verstanden habe – sind in Slowenien der öffentliche Rundfunk und das Fernsehen ausgenommen, Unterricht und Kultus sowie Forschung und Lehre. Warum gerade in diesen Bereichen der Grundsatz der Offenlegung zurück treten muss, hat sich mir nicht ganz erschließen können.

In der Slowakei hatten wir das sehr plakative Beispiel der Einkünfte der slowakischen Richter, die deswegen nicht offengelegt werden können, weil die Daten einem privaten Dienstleister zum Einstellen auf die (wiederum öffentliche) Webseite übertragen wurden und dann nach Ansicht der Behörden keine öffentlichen Daten mehr seien. Das ist für uns kaum nachzuvollziehen.

In Polen – das würden wir als EU-Kartellrechtler vielleicht als „nicht-tarifäres Hemmnis“ umschreiben – besteht die Regelung,

dass der Nachfrager, dem die Behörde Daten zugänglich gemacht hat, verpflichtet ist, diese Daten anderen kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit nicht dauernd weitere Antragsteller die gleichen Daten von der Behörde verlangen – auch das ist eine interessante Variante.

In allen Ländern scheinen mir zuletzt die Kosten des Zugangs ein Thema zu sein, das den Zugang praktisch erschwert.

An diesen drei Beispielen sehen wir, dass wir noch weit von der Definition von heute Morgen entfernt sind - dass das Recht auf Informationszugang (i) für alle öffentlichen Stellen gelten muss, (ii) es kostenlos sein soll, (iii) es unverzüglich bereitgestellt werden muss und (iv) es eine Kontrolle geben muss durch eine unabhängige Behörde.

Das lässt uns, mich jedenfalls, perplex zurück. Immerhin geht es bei dem Recht auf Informationszugang – nach dem, was wir gemeinsam im Verlauf dieses Tages festgestellt haben – nicht um irgendein unbedeutendes „Nebenrecht“, sondern um ein wesentliches Element der Meinungsfreiheit. Die zentrale Bedeutung der Meinungsfreiheit für den demokratischen Willensbildungsprozess, für eine funktionierende Demokratie überhaupt – sie ist vom Bundesverfassungsgericht immer und immer wieder betont worden und gehört sicherlich zum *acquis communautaire*, der für alle unsere Länder gleichermaßen gilt. Warum bestehen dennoch solche Diskrepanzen zwischen den Ländern über den genauen Inhalt der Meinungsfreiheit in diesem Bereich?

Offenbar liegen die Gründe dafür viel tiefer als sich mit einer rein rechtlichen Analyse ausmachen lässt. Vordergründig ist es ja nur die Frage, ob wir dieses Recht, neudeutsch gesprochen, als *Push-* oder *Pull-*Dienst ausgestalten: Steht nur das Recht im Vordergrund, Informationen einfordern zu dürfen (*pull*) – oder geht, im deutschen verfassungsrechtlichen Vokabular, der gesetzliche Gewährleistungsanspruch auch dahin, dass der Staat diese Informationen proaktiv zur Verfügung halten muss, vielleicht sogar mundgerecht aufbereitet, damit es dem Bürger möglichst einfach ist, seinen Willen, seine Meinung im demokratischen Prozess zu bilden?

Mir scheint, dass die im heutigen rechtsvergleichenden Überblick zutage tretenden unterschiedlichen Grenzen der Informationsfreiheit hintergründig, viel tiefer liegend, auf einen *clash of cultures* hindeuten, eine möglicherweise historisch begründete, unterschiedliche Haltung der Bürger gegenüber dem Staat. Es scheinen sich Länder gegenüber zu stehen, in

denen der Bürger vom Staat in der jüngeren Vergangenheit bevormundet wurde, und der deshalb auf eine maximale Transparenz staatlichen Handelns und eine maximale Eigenverantwortlichkeit drängt. Dem steht eine Gruppe von Ländern gegenüber, die vom alten preußischen Begriff der „guten Polizey“ geprägt sind. Das hat nichts mit unserer heutigen „Polizei“ zu tun, sondern war im alten Preußen ein Synonym für den Wohlfahrtsstaat. Mit diesem Begriffspaar will ich andeuten, dass schon das Verständnis über die Funktion der „Polizei“ z. B. in Deutschland vielleicht ein anderes ist als in den Ländern der ersten Kategorie; bei uns besteht möglicherweise eine stille Tendenz, dem Staat einen Vertrauensvorschuss einzuräumen, er werde schon richtig entscheiden, welche Daten er freigibt und welche Daten er, unter welcher Ausnahme auch immer, zurückhält.

Die DGRI ist eine wissenschaftliche Vereinigung und ich will mich daher in dieser politischen Frage der Grenzen des Rechts auf Informationszugang nur vorsichtig positionieren – aber wer Veranstaltungen der DGRI kennt, weiß, dass wir den Teilnehmern gerne ein paar zusätzliche Punkte zum Nachdenken mit auf den Weg nach Hause geben und das ist in diesem Fall nicht anders. Es gibt keine einfache Antwort für die „richtigen“ Grenzen des Rechts auf Informationszugang und es ist (bei aller wünschenswerten Harmonisierung innerhalb der EU) möglicherweise wegen der oben angesprochenen historischen Unterschiede auch schwierig, Wertungen und Lösungen aus einem EU-Land eins zu eins in die übrigen Länder zu übertragen. Wenn Sie jetzt nach Hause gehen – die meisten von Ihnen kommen ja aus der öffentlichen Verwaltung – dann will ich Ihnen ein paar weitere Denkanstöße mit auf den Weg geben:

1. Dass wir heute über die Meinungsfreiheit gesprochen haben und die Meinungsfreiheit das fundamentale Grundrecht einer Demokratie ist - und dass das letztlich heißt, dass jeder einzelne Sachbearbeiter sich bei jedem vielleicht unwichtig erscheinenden Akteneinsichtsrecht darüber im Klaren sein muss, dass er über die praktische Handhabung der Meinungsfreiheit entscheidet und also jede Einschränkung wohlbedacht sein will und jede Einschränkung einer besonderen Begründung bedarf.
2. Aus der privaten Wirtschaft kennen wir den Begriff der *good governance*. Dort unterscheidet gute und schlechte Manager u. a., dass der schlechte Manager glaubt, er könne seine Position nur absichern, indem er mehr Informationen als andere hortet und dadurch ein Wissensgefälle, ein „Hoheitswissen“ aufbaut. Das ist keine

good governance. Wenn wir es schaffen, auch in den Verwaltungen allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, dass der Besitz von Informationen an sich noch keine besondere Leistung ist, dann haben wir wahrscheinlich den Schritt schon geschafft, den Helen Darbshire heute Morgen eingefordert hat - dass sich das *mindset* ändern muss; dass obige Beispiel der Situation in Kroatien mag uns als positives Beispiel dienen.

Aber vielleicht – positiv gesprochen – löst sich das Problem schlicht mit der Generation der heute 20-jährigen. Ich glaube, die Generation der heute 20-jährigen hat einen so völlig anderen Zugang, ein so anderes Verhältnis zum Umgang mit Daten als noch die vorige Generation, dass möglicherweise allein durch deren künftige Arbeit in allen Bereichen unserer Gesellschaften sich das Problem einer „überevorsichtigen“ Auslegung des Rechts auf Informationszugang über kurz oder lang von selbst lösen wird.

Vielen Dank!